

Kantonsrat Schaffhausen

Protokoll der 22. Sitzung

vom 23. November 2020, 13:30 Uhr im Park Casino Schaffhausen

Vorsitz Lorenz Laich

Protokoll Veronika Michel und Claudia Porfido

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)

Walter Hotz, Marcel Montanari, Patrick Portmann

Traktanden

Seite

- | | |
|---|------|
| 1. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 1. September 2020 betreffend Budget 2021 und Finanzplan 2021-2024, Fortsetzung der Debatte | 1124 |
|---|------|

1. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 1. September 2020 betreffend Budget 2021 und Finanzplan 2021-2024, Fortsetzung der Debatte

IPR 0166

VK Gestaltung Umgebungsschutzgebiet Kesslerloch

Andreas Schnetzler (EDU): Ich kann verstehen, dass Regierungsrat Martin Kessler das Problem Kesslerloch lösen will. Es ist auch ein schönes Wortspiel. Wir sprechen zur Seite 104, Hochformat, IPR 0166. Ich kann es vorwegnehmen: Im Sinne der Vorlagen, die wir hier bekommen, stelle ich keinen Antrag. Aber ich möchte meinen Unmut kundtun. Ich habe letzte Woche mit dem Baudirektor telefoniert und mehr Informationen zum ganzen Kesslerloch-Projekt erhalten. Ich stelle fest, dass ich das Projekt so gut finde, wie es daherkommt. Aber es hätte so – aus meiner Sicht – allen Kantonsräten vorgestellt werden müssen. Dass solche Projekte einfach in das Budget integriert werden, ist etwas, das bei mir auf keinerlei Gegenliebe stösst. Ich hätte viel lieber eine eigenständige Vorlage. Warum? Wir haben einerseits Landkäufe integriert und es sind hier rund 53'000 Franken eingestellt. Im Budget habe ich nichts von Quadratmeter, Preisen und Fläche gefunden, die gekauft werden. Ich habe dies aber vom Baudirektor erhalten. Wir reden hier von rund 45 Aren Landzukauf. Was mich aber überrascht hat – der Quadratmeterpreis, also der, der effektiv beim Kauf bezahlt wird – steht noch nicht definitiv fest. Aus meiner Sicht sollten, wenn wir hier Geld sprechen, diese Landverhandlungen abgeschlossen sein. Auf dem Viehhandel kann ich auch nicht dem Verkäufer sagen: Ich habe 1'500 Franken für das Kalb dabei, wie viel willst Du? So kann man nicht verhandeln oder man fährt nicht sonderlich gut. Darum finde ich es für die Verhandlungsposition keinen Vorteil, dass wir jetzt schon über einen Kredit befinden, obwohl die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Zweitens ist die Frage vom Landverkäufer. Ein Teil des Landerwerbs wird von SwissImmoRek gemacht. Das ist die Firma, die dort Industrieland hat. Ja, dieses Land muss man kaufen, weil dieser Firma auch Land entgeht, das sie künftig nicht mehr als Industriegelände nutzen kann. Da stehe ich voll und ganz dahinter. Aber der Landkauf der Gemeinde Thayngen – wenn wir eine Kommission oder eine einzelne Vorlage hätten, muss ich ehrlich sagen, würde ich diese Frage sehr viel tiefer stellen und sehr viel mehr Fragezeichen dahinter machen, da Thayngen jetzt bald rund 150 Jahre Zeit hatte, dieses Gelände aufzuwerten. Nun übergibt man es dem Kanton und verkauft es noch. Wir müssen uns einfach bewusst sein – dass Thayngen mit dem Verkauf eigentlich fein raus ist. Alle künftigen Kosten, wenn es um das Kesslerloch geht, bleiben bei uns, also beim Kanton hängen. Soweit meine Unmutskundgebung und ich hoffe, dass künftig solche Vorlagen

wieder als Einzelvorlagen kommen und nicht einfach als Budgetanhang verpackt.

IPR 0167 **2301 Energiefachstelle**

Urs Capaul (GRÜNE): Ich spreche zu Seite 104, IPR 0167, Energiefachstelle. Anlässlich der MuKE-Diskussionen wurde der Wunsch geäußert, die Fristen zur Sanierung der dezentralen Elektrospeicheröfen von fünfzehn Jahre auf zehn Jahre zu reduzieren. An und für sich ist das ein berechtigter Wunsch, denn gerade solche Öfen verbrauchen enorme Strommengen. Sie sind eine Folge der Erdölkrise der Siebzigerjahre und entsprechend auch mehrheitlich schon recht alt und sie konnten auch seither von relativ attraktiven Strompreisen profitieren. Andererseits sind Wärmepumpensysteme wesentlich energiesparender und die dezentralen Stromspeicheröfen sind nicht mehr adäquat. Ihr Ersatz benötigt ein hydraulisches System, dessen Installation je nach Gebäude und Grundriss auch höhere Kosten zur Folge haben kann. Die hydraulischen Systeme sollten aber nach Möglichkeit beschleunigt installiert werden. Deshalb ist bereits im heutigen Förderprogramm ein Betrag vorgesehen. Zur beschleunigten Installation der hydraulischen Systeme sollten meines Erachtens zusätzliche Anreize in Form von erhöhten Förderbeiträgen geschaffen werden. Ich stelle daher hier den Antrag, den Verpflichtungskredit für budgetiert 600'000 Franken um 300'000 Franken zu erhöhen. Das heisst: Die 6'300'000 Franken, die hier eingestellt sind, würden jetzt einfach zu Beginn ein bisschen rascher verwendet werden. Damit sollen die dezentralen Elektrospeicheröfen möglichst schnell – also nicht mehr erst mit einer Frist von 15 Jahren – ersetzt werden können.

Andreas Frei (SP): Ich stelle zur gleichen Position, nämlich zum Verpflichtungskredit IPR 0167 einen anderen Antrag – aber ich werde den Antrag von Urs Capaul unterstützen, ich sage dann noch etwas dazu – und zwar die Erhöhung um 300'000 Franken für die Förderung von grossen PV-Anlagen. Wir können uns noch gut an die Diskussion im September – war es, glaube ich, Irrtum vorbehalten – erinnern, wo der Regierungsrat das Konzept vorgestellt hat, wie er grosse PV-Anlagen fördern möchte. Nicht nur in finanziellem Sinn, sondern auch, dass es im Ablauf, in der Bewilligung und bei den Rahmenbedingungen, grundsätzlich besser wird. Dort wurde ein Betrag von 300'000 Franken für die Förderung von solchen Anlagen eingestellt. Da reden wir von 60 bis 100 Kilowatt Peak-Anlagen. Man kann grob etwa Faktor 1'000 oder gut 1'100 nehmen. Also eine 100 Kilowatt Peak-Anlage produziert Grössenordnung 110'000 bis 120'000 Kilowattstunden Strom pro Jahr – einfach, dass man hier eine Grössenordnung

hat. Ich möchte diese 300'000 Franken, die hier in dieser Position bei diesem Verpflichtungskredit eingestellt sind, von 6.3 Mio. Franken um 300'000, auf 600'000 Franken, erhöhen. Das wurde damals auch von allen Parteien kritisiert – wenn ich mich richtig erinnere – dass 300'000 Franken zu wenig sind. Ich erwarte hier also eine fulminante Unterstützung meines Antrages. Andererseits müsste ich mich dann wundern, wie die Argumentationen sind und das Abstimmungsverhalten dann anders. Wir werden sehen. Ich bin da realistisch. Aber ich komme dann wahrscheinlich trotzdem nicht dran. Ich möchte das kurz untermauern, warum – um wieder ernsthaft zu werden – so eine Anlage in dieser Grössenordnung um die 150'000 bis 200'000 Franken. Die einen sind teurer, die anderen haben bessere Bedingungen. Aber das ist eine Grössenordnung. Wenn man das nur mit einem vernünftigen Betrag, von sagen wir 10 bis 20 Prozent, fördern würde, dann würde so eine Förderung in der Grössenordnung von 20'000 bis 30'000 Franken liegen – um auch eine Schuhnummer oder Grössenordnung zu haben – damit es überhaupt einen Fördereffekt hat. Mit diesen 300'000 Franken kann man etwa 20 bis 30 Anlagen, die jetzt eingestellt sind, fördern. Mit einer Verdopplung – man rechne – 40 bis 60 Anlagen. Im Moment, wenn man diese 20 bis 30 Anlagen mit den jetzigen Fördermitteln bauen könnte, werden wir in der Grössenordnung 1.5 bis 2 Gigawattstunden – ich muss Sie jetzt ein bisschen mit Zahlen bombardieren, damit man das in die Energiestrategie des Kantons einordnen kann – fördern. Oder wenn es verdoppelt wird, etwa drei bis vier Gigawattstunden. Im Moment produzieren wir laut Bericht konkret zwischen 14.5 und 15 und das Ziel ist 100. Einfach, damit Sie sehen, dass mein Antrag nicht völlig irre ist. Bis 2030 möchten wir hier einen grossen Schritt vorwärtskommen und diesen massvollen Vorschlag, den ich hier unterbreite, fördert zusätzlich lediglich etwa maximal 4 Gigawattstunden. Wenn wir wirklich das Ziel erreichen wollen, müssen wir jetzt handeln und nicht einfach sagen: Jaja, das geht jetzt nicht. Das ist ein konkreter Antrag, der uns einen kleinen Schritt vorwärtsbringt. Zum Antrag von Urs Capaul, den ich auch sehr unterstütze: Sein Vorschlag geht in die Richtung, dass wir Strom sparen. Wenn ich einigermassen richtig recherchiert habe, verbraucht eine Anlage von einem Wohnhaus mit einer Elektroheizung, in der Grössenordnung zwischen 10'000 und 20'000 Kilowattstunden pro Jahr. Je nach Grösse und ob eine oder zwei Wohnungen, wie auch immer. Also, wenn wir jetzt von einem Mittelwert von 15'000 ausgehen, sind es in der Grössenordnung sechs bis acht Elektroheizungen, die wir einsparen. Etwa so viel Strom, wie eine grosse PV-Anlage produziert. Einfach, dass man das auch in einer Relation sieht. Es ist absolut gewinnbringend, dass wir auf der einen Seite in etwa dieser Grössenordnung, Strom sparen und auf der anderen Seite eben diesen Strom produzieren. Das gibt am Schluss auf die Energiebilanz

des Kantons einen sehr guten Effekt mit – wie ich meine – verhältnismässigen Mitteln. Ich bitte Sie selbstverständlich, meinen Antrag, aber auch den Antrag von Urs Capaul, zu unterstützen.

IPR 0176

Durchgangsplatz Ziegelhütte

Pentti Aellig (SVP): Ich spreche zu IPR 0176, Seite 84 im Hochformat, Durchgangsplatz Ziegelhütte. Die SVP-EDU-Fraktion unterstützt das langfristige Projekt eines Durchgangsplatzes für Fahrende. Ich bitte Sie aber, das vorliegende überstürzt lancierte Projekt Ziegelhütte, aus zwei Gründen abzulehnen. Grund eins: Viele von uns kennen Pius Zehnder. Zugegeben kein bequemer Mitbürger. Er benimmt sich manchmal leicht querulatorisch und er ist nun einmal nicht sehr verwaltungsgläubig. Aber er ist ein Unternehmer und schafft Arbeitsplätze. Er ist umtriebig, reisst Projekte, wie zum Beispiel das Demenzheim in Herblingen an und bezahlt eine Menge Steuern. Nun baut er zusammen mit Gastronomen das Restaurant Ziegelhütte und das mitten in dieser unsicheren Zeit – *Chapeau*. Sie wissen, dass in Schaffhausen aktuell nur die Gastronomen der städtischen und der kantonalen Verwaltungsrestaurants ruhig schlafen können, weil die roten Zahlen jeweils vom Steuerzahler ausgeglichen werden. Nun kommt der private Investor, baut ein Restaurant und der Kanton will ihm direkt einen Durchgangsplatz für Fahrende vor die Nase pflanzen. Das ist unfair. Zehnder soll bestraft werden, weil er sich manchmal mit der Verwaltung anlegt. Aber nicht nur Zehnder, auch die renommierte IWC äussert sich zum neuen Durchgangsplatz kritisch. Ganz neu formiert sich auch Widerstand im angrenzenden Gewerbegebiet. Ein Projekt, das Fahrende einen vorübergehenden Aufenthaltsort bietet, hat nur Erfolg, wenn die Nachbarn einverstanden sind. Hier sind die Nachbarn aber überhaupt nicht einverstanden. Lieber Regierungsrat Martin Kessler: Viele Fahrende reisen über Basel via Trasadingen in die Schweiz ein. Dort wäre ein idealer Standort für Stellplätze. Zum Beispiel hat es an der Wassergasse in Trasadingen – direkt neben der Kessler Werkzeug Bau AG – grosszügig Platz für mindestens 20 Stellplätze. Kommen wir zum zweiten Grund: 2.03 Mio. Franken für die Übertragung des Grundstücks in das Finanzvermögen, sowie für die Erstellung einiger einfacher Plätze und einer WC-Dusch-Anlage, sind eine nicht akzeptable Summe. 200'000 Franken pro Stellplatz soll der Steuerzahler bezahlen. Das können wir nicht mit gutem Gewissen verantworten. Ich stelle hiermit den Antrag, den Kredit von 2.03 Mio. Franken für diesen Durchgangsplatz aus dem Budget 2021 zu streichen. Somit gewinnen wir einige Monate Zeit, um einen besseren und günstigeren Standort zu finden. Bitte unterstützen Sie meinen Antrag und helfen Sie mit, den Schaff-

hauser Unternehmen und Steuerzahlern, wie IWC oder Zehnder, nicht unnötig Steine in den Weg zu legen. Falls neu ein alternativer Platz in Betracht gezogen wird, wäre es jetzt unseriös, einfach einen Blankocheck auszustellen. Das können wir dann wieder im Budget 2022 diskutieren.

Erich Schudel (JSVP): Ich bitte Sie, die beiden Anträge Capaul und Frei bezüglich des IPR 0167, abzulehnen. Beide haben in ihren Erhöhungsanträgen den untersten Satz bei IPR 0167 nicht erwähnt: Ersetzt die per Ende 2021 auslaufenden IPR 09, 10, 11. Wenn wir ein paar Seiten nach vorne blättern und uns diese drei IPR's, die ebenfalls noch 2021 laufen, betrachten, sehen wir dort Beträge von insgesamt 1.3 Mio. Franken, die ebenfalls noch für diese Dinge ausgegeben werden. Und nun kommen noch 600'000 Franken dazu. Wir sind also beim Budget im Jahr 2021 bei total 1.9 Mio. Franken Subventionierungen – es reicht doch auch einmal.

Martin Schlatter (SVP): Ich muss auch noch etwas sagen, da ich direkt von Andreas Frei angesprochen worden bin. Noch einmal zu den Zahlen: Eine 60 Kilowatt-Anlage kostet nicht 140'000 Franken, das sind eher 80'000 oder 90'000 Franken – einfach, damit das stimmt. In der letzten Vorlage wäre die nötige Summe 2.2 Mio. Franken und auch nicht 600'000 Franken. Wir sind auch mit 600'000 an einem falschen Ort, da wenn schon, zu wenig hoch. Wir müssen investieren, aber wenn schon in die Information, in die Aufklärung und nicht in die Förderung von grösseren Anlagen. Das bringt einfach nichts. Wir kommen damit auf keinen grünen Zweig. Ausser, man nimmt das grosse Portemonnaie nach vorne. Aber ob das die Meinung ist? Die zusätzlichen 300'000 Franken sind immer noch zu wenig, wenn wir das fördern wollen. Wir müssen es schon in die Information stecken. So ist dieser Antrag abzulehnen.

Kurt Zubler (SP): Ich möchte Sie unbedingt bitten, den Antrag von Pentti Aellig abzulehnen. Es ist hervorragend, dass jetzt hier die Regierung und insbesondere der Baudirektor und Regierungspräsident, endlich vorwärts gemacht hat. Es ist nach langem, langem Verzögern ist etwas gegangen. Dafür bin ich ihm sehr dankbar. Nun liegt ein Projekt vor, das das normale Verfahren nimmt, wie es Projekte nehmen und dazu gehört auch, dass dieses Projekt budgetiert wird. Wenn es in diesem Verfahren später Änderungen oder andere Lösungen gibt, ist das gut so und kann auch so abgehandelt werden. Wenn Sie jetzt aber auch dieses Projekt rausstreichen, schieben Sie es wieder auf die lange Bank. Dann sagen Sie: Ja, er kann das ja dann wieder bringen. Jetzt haben wir das auf dem Tisch. Das ist das eine. Es ist klar, dass es endlich etwas geben muss, möglicherweise in der Ziegelhütte. Das Zweite ist eigentlich das Bedenkliche, dass Sie gesagt haben

– das finde ich auch hervorragend – jetzt baut er hier einen Gastronomiebetrieb. Und daneben gibt es einen Standplatz für Fahrende, die vielleicht zwei, drei Mal im Jahr eine Woche oder zehn Tage dort sein werden. Und jetzt sagen Sie, das geht nicht, das ist fast der Ruin und dass das Geld in den Sand gesetzt sei, wenn ein paar Fahrende zehn Tage campieren. Das ist genau das, was man dieser Minderheit antut. Nämlich, dass man quasi sagt: Wenn die kommen, ist das ein Problem und dann ist das ganz schlimm. Sie sagen zwar, es soll schon einen Standplatz geben, aber Sie stigmatisieren sie im Voraus, indem Sie sagen, wenn diese Menschen dort ihr Lager für ein paar Tage aufschlagen, gibt es ein Problem und dieses Restaurant kann quasi schliessen – das geht wirklich nicht.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Gerne mache ich einige Ausführungen zu den verschiedenen Investitionskrediten, die aufgerufen wurden. Ich beginne bei Andreas Schnetzler: Ich habe nicht vor, mir meines Namens wegen ein Denkmal im Kesslerloch zu setzen. Das einmal Prämisse Nummer eins. Philippe Brühlmann könnte historische Abhandlungen machen, nicht über die Steinzeit, sondern über die Entwicklung des Kesslerlochs in den letzten 15 Jahren. Das war ein riesenlanger und schwieriger, mit Irrwegen behafteter Weg, bis wir beim Projekt, wie es heute vorliegt, waren. Ich habe ein gewisses Verständnis für das Unbehagen von Andreas Schnetzler, dass man hier auch eine Vorlage hätte machen können. Das nehme ich mit. Aber ich muss Ihnen sagen, das wäre eine Vorlage geworden, die ziemlich kompliziert gewesen wäre. Alleine die Vorgeschichte zu erzählen, hätte wahrscheinlich 20 bis 30 Seiten verschlungen. Aber kommen wir zum Inhalt der Kritik, wo Andreas Schnetzler sagt, der Landpreis und der Landkauf seien nicht verhandelt. Ich muss Ihnen sagen, dass bei fast allen diesen Kreditvorlagen, die meistens in Form eines Rahmenkredites sind, noch nicht alles verhandelt ist. Wenn ich zum Beispiel an die letzte Vorlage PHS in die Kammgarn umzuziehen denke. Natürlich ist da einfach eine Zahl von zum Beispiel 8 Mio. Franken für den Innenausbau gesetzt. Da gab es Abschätzungen und Vorprojekte, aber final sind da die Preise auch noch nicht verhandelt. Hier verhält es sich genau gleich: Wir wissen, das Amt für Grundstückschätzungen hat das Land geschätzt. Wir kennen den Wert, der irgendwo mit den entsprechenden Auflagen in diesem Bereich ist, die halt auf diesem Land auch noch lasten. Da gibt es zum Beispiel unterirdische Kanäle und viele Dinge, die man berücksichtigen muss und den Landpreis beeinflussen. Ich sage Ihnen einfach: Wir sind auf einem guten Wege, eine Lösung zu finden, die einerseits das nationale Denkmal Kesslerloch als archäologische Fundstätte berücksichtigt und diesem Denkmal auch den berechtigten Schutz gibt. Andererseits, die Interessen der Landeigentümer der Firma SwissImmoRek, die grosse Konzessionen machen müssen, damit sie jetzt in Zukunft ihren Quartierplan

endlich einmal durchbekommen. Es sind die Interessen der Gemeinde, die wiederholt gesagt hat «Wir wollen dort Industriezone haben» zu berücksichtigen. Es sind die Interessen der Waldbesitzer zu berücksichtigen und so weiter. Es sind vor allem auch die Interessen der Anwohner gebührend zu berücksichtigen. Also, eine komplexe Geschichte und ich habe mich sehr gefreut, dass die Infoveranstaltung in Thayngen zum Projekt und auch die darauffolgende Berichterstattung insgesamt, ein sehr positives Bild zurückgegeben hat, dass man jetzt das erste Mal in 15 Jahren das Gefühl hat, dass es jetzt eine Lösung gibt, die für alle irgendwo tragbar ist. Die Landbesitzer müssen hier Konzessionen machen. Sie müssen praktisch einen Drittel an nutzbarer Fläche zugunsten unseres Projekts abgeben und sie werden dafür auch entschädigt. Was Andreas Schnetzler auch noch gesagt hat, ist, dass der Kanton oder die Gemeinde dann das Kesslerloch los ist und nie mehr zahlen muss. Das ist schon so. Das Kesslerloch ist die Parzelle mit der Höhle und die ist bereits heute im Besitz des Kantons. Die Gemeinde Thayngen gibt einen Landstreifen, der aber nicht wirklich genutzt werden kann – da kann mich Philippe Brühlmann gern korrigieren – denn da ist eigentlich vor allem das Felsband enthalten, wo noch weitere archäologische Fundstätten enthalten sind. Das wird Thayngen abtreten. Es wurde hierzu kein Antrag gestellt, aber ich wollte einfach noch ein bisschen Hintergrundinformationen geben. Dann zum IPR 0167, der Antrag von Urs Capaul, diesen um 300'000 Franken von 600'000 auf 900'000 Franken zu erhöhen. Ich habe das so verstanden, dass er das auf das Jahr 2021 begrenzen möchte. Also, die Gesamtsumme des Verpflichtungskredits würde sich nur um 300'000 Franken erhöhen. Die wäre dann bei 6.6 Mio. Franken. Es würden also für ein Jahr zusätzliche Fördergelder bereitgestellt. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass wir in einem Jahr, Fördergelder von 300'000 Franken auf diesen Zweckbereich eingegrenzt, sinnvoll ausgeben können. Natürlich, derjenige, der sein Projekt macht, nimmt das Geld gerne. Aber wir müssen das schon auch aufgleisen und das Ganze vorbereiten. Ich bin kein Freund von solchen Schnellschüssen und bitte Sie deshalb, beim Antrag der Regierung zu bleiben. Andreas Frei wiederum möchte ebenfalls IPR 0167 um 300'000 Franken erhöhen. Da ist natürlich sicher die Diskussion aus der Beratung der Vorlage «Förderung von grossen PV-Anlagen» in Ihren Ohren. Wir haben das gehört, da gab es Fürsprecher, die fanden, es bräuchte viel mehr Geld, damit wirklich etwas geht. Diese Meinung kann man haben und ich bin auch sicher, dass man Investoren findet, die sehr gerne mehr Unterstützung nehmen. Für das Förderprogramm 2021 gibt es in diesem Bereich relativ konkrete Ideen, da es praktisch am 31. Dezember umgesetzt werden muss. Vorgesehen ist jetzt, dass wir grosse PV-Anlagen ab 60 Kilowatt Peak fördern, indem wir einen Teil auf pro Kilowatt Leistung Fördermittel sprechen, also, pro Kilowatt eine Leistungskomponente. Gleichzeitig gibt es eine Komponente für

eine Kostenbeteiligung bei den Anschlusskosten. Das Ganze ist bei 30'000 Franken pro Anlage gedeckelt und dazu braucht es keine grossen Rechenkünste – das ergäbe für nächstes Jahr zehn Anlagen mit 30'000 Franken Fördergeld. Bitte vergessen Sie nicht, dass es natürlich auch noch den Bundesförderbeitrag für PV-Anlagen gibt. Deshalb, die Zahl von Andreas Frei, die dann aber von Martin Schlatter korrigiert wurde. Die Kosten für eine PV-Anlage im grösseren Bereich sind heute sogar bei den grösseren Anlagen bis unter 1'000 Franken pro Kilowatt Peak Leistung. Also, man ist irgendwo im Bereich zwischen 1'000 und 1'500 Franken. Entsprechend ist natürlich nach wie vor eine Investition zu tätigen, die sich nicht innert fünf Jahren auszahlen wird. Aber unsere Berechnungen zeigen, dass man mit heutigen gut gerechneten und gut kalkulierten Anlagen einen *Payback*-Zeitraum zwischen zehn und 15 Jahren erreichen kann. Da hilft unser geplantes Fördermodell tatsächlich, dass man in diesen Bereich hineinkommt. Und das finde ich eigentlich eine gute Sache. Dazu kommt – muss ich noch ergänzen – dass die 300'000 Franken für grosse PV-Anlagen, in den Jahren 2021 und 2022, gedacht sind. Weil wir davon ausgehen, dass der Bund ab 2023 bereits eine Anschlusslösung für die Förderung von grossen PV-Anlagen präsentiert, weil natürlich auch in Bern klargeworden ist, dass in diesem Bereich verstärkt etwas getan werden muss. Dann der Streichungsantrag zum Durchgangsplatz Ziegelhütte, IPR 0176 von Pentti Aellig. Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Das Signal, das damit gesendet wird, könnte aufgenommen werden wie: Der Kantonsrat will keinen Durchgangsplatz. Dann sind wir wieder einmal mehr auf Feld eins zurückgesetzt. Es gibt auch hier eine sehr lange Geschichte. Praktisch alle Gemeinden wurden abgeklappert, ob ein Interesse besteht, einen Durchgangsplatz auf ihrer Gemarkung zu bauen. Ich weiss nicht, ob Trasadingen auch angefragt wurde. Aber Pentti Aellig, auch wenn ich diesen Durchgangsplatz neben der Firma Kessler bauen möchte – abgesehen davon, dass es nicht mein Land ist – glaube ich nicht, dass das wahnsinnig zielführend wäre. Die Fahrenden brauchen keinen Durchgangsplatz in Trasadingen und auch nicht in Schleithelm Oberwiesen. Das war in der letzten Richtplanrevision das Thema. Die Fahrenden möchten in Zentrumsnähe sein. Es geht hier um eine spezielle Art von Fahrenden. Es sind nämlich Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die diese Art von Durchgangsplätzen brauchen. Es sind Leute wie Sie und ich, die eine andere Lebensweise verfolgen. Es ist aber eine Minderheit in der Schweiz, die auch ihr Recht dazu hat. Der Kanton Schaffhausen ist verpflichtet, diesen Leuten auch einen Durchgangsplatz zur Verfügung zu stellen. Es braucht zehn Stellplätze, das ist korrekt. Und wir haben jetzt eine mögliche Lösung präsentiert. Es geht mir nicht darum, der Familie Zehnder in ihr wirklich tolles und auch mutiges Projekt in die Suppe zu spucken oder das Projekt zu verhindern oder zu beeinträchtigen. Eigentlich – vielleicht war das ein bisschen

naiv – war sogar unsere Absicht, mit einem kombinierten Platz, den auch normale Camper nutzen könnten, vielleicht sogar noch eine gewisse Chance für Mehrerträge für ein Restaurant in der Nähe zu generieren. Nun, Sie haben mitbekommen, die Investoren haben keine wirkliche Freude an diesem Projekt. Von Seiten anderer Nachbarn oder wie jetzt gesagt wurde vom Gewerbe und der Industrie – muss ich Ihnen sagen – habe ich noch nie irgendwo direkt einen Kommentar gehört. Aber wenn man lange genug fragt und all die schrecklichen Beispiele aufzählt, von denen man schon gehört hat, bekommt man schon entsprechende Antworten. Da mache ich mir auch keine Sorgen, dass das nicht möglich ist. Ich bin durchaus gesprächsbereit. Das haben wir auch der Familie Zehnder signalisiert, dass wir zusammen eine vielleicht für sie optimalere Lösung finden. Und wie ich es in der Geschäftsprüfungskommission gesagt habe, schauen wir das sehr gut an. Es braucht die Unterstützung der Stadt. Die Mehrheit des Stadtrats hat mir signalisiert, dass sie das Projekt auch an einem anderen Platz unterstützen würden. Und wir kommen wieder mit einer Vorlage, entsprechend den Finanzkompetenzen, wie sie dann halt gestaltet sein muss. Aber ich bitte Sie nach wie vor, das Projekt Ziegelhütte nicht zu streichen. Vielleicht noch eine Zahl, die Pentti Aellig gesagt hat. Er hat einfach den Landpreis für die ganze Fläche miteingerechnet. Es geht im Projekt um einen Kombi-Platz. Wir bräuchten relativ viel Land, das im Kantonsbesitz ist. Also gibt es für den Landhandel keine effektiven Geldflüsse, sondern es ist ein Transfer vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Das löst entsprechend eine Buchung aus. Also, die effektiven Kosten sind natürlich, es ist irgendwo aufgeschlüsselt, rund 300'000 Franken, die für den Durchgangplatz gerechnet sind.

Andreas Frei (SP): Nach dem Votum von Erich Schudel noch eine kurze Präzisierung: Mein Antrag ist, den Verpflichtungskredit um 100'000 Franken zu erhöhen. Und dieser Verpflichtungskredit – wenn ich das richtig verstanden habe, geht – Irrtum vorbehalten – von 2022 bis 2025. Denn, wenn man eine Anschlusslösung haben will, dass man nicht erst im Dezember 2021 darüber diskutiert oder befindet, ob das ganze Förderprogramm im 2022 weitergeht. Also, wo der Regierungsrat diese 300'000 Franken einsetzt, ist ihm überlassen. Möglicherweise hat das nicht einmal Einfluss auf das Budget vom 2021. Ich weiss es nicht, denn das ist Sache des Regierungsrats. Es geht nicht darum, dass man im nächsten Jahr 1.9 Mio. Franken hat. Das ist nicht korrekt.

Pentti Aellig (SVP): Ich akzeptiere, dass ein neues Projekt für ein alternatives Durchgangszentrum oder einen Durchgangplatz ernsthaft geprüft wird und Alternativen am Projektieren sind. Aber ich bitte Sie trotzdem,

diese konkrete Investition neben der IWC zu streichen und das von Regierungsrat Martin Kessler erwähnte alternative Projekt dann – anhand einer konkreten Vorlage – im Budget 2022 zu genehmigen.

Daniel Preisig (SVP): Ich möchte Pentti Aellig unterstützen, und zwar einfach aus kreditrechtlicher Sicht. Wir haben gehört, dass es ein alternatives Projekt oder Standort gibt, das in Ausarbeitung ist. Ich glaube, es wäre richtig, jetzt abzuwarten, bis diese Abklärungen zu diesem anderen Standort gemacht sind und uns dann die Regierung eine Vorlage unterbreitet. Es wäre völlig falsch, wenn wir einmal auf Vorrat, für den Fall, dass das andere dann nicht klappt, einen Kredit bewilligen. Dann geben wir auch völlig die Mitsprache aus der Hand. Darum bitte ich Sie, dem Antrag von Pentti Aellig zuzustimmen.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Nur damit Sie mich richtig verstanden haben: Es gibt bis jetzt kein anderes konkretes Projekt. Aber es gibt Prüfungsbedarf, weil es bei der Ziegelhütte Widerstand der Nachbarn gibt. Es ist ein bisschen speziell, wenn man vom Nachbarn IWC spricht. Ich glaube, dass es dazwischen etwa zwei Kilometer Luftlinien sind, Pentti Aellig.

Abstimmungen

IPR 0167 2301 Energiefachstelle

Dem Antrag von Urs Capaul bezüglich einer Erhöhung um 600'000 Franken wird mit 34 : 22 Stimmen nicht zugestimmt.

Der Antrag von Andreas Frei bezüglich einer Erhöhung des Verpflichtungskredits um 300'000 Franken wird mit 33 : 23 Stimmen abgelehnt.

IPR 0176 Durchgangsplatz Ziegelhütte

Dem Antrag von Pentti Aellig bezüglich Streichung der budgetierten 2.03 Mio. Franken für den Durchgangsplatz Ziegelhütte wird mit 35 : 21 Stimmen nicht zugestimmt.

Kantonsratspräsident Lorenz Laich (FDP): Nun folgt die Debatte betreffend die einzelnen Elemente des Kompromissvorschlages der GPK und zwar in folgender Reihenfolge – das weicht ein wenig ab von dem, was Sie

in Ihrer Wegleitung finden: Wir beginnen als erstes mit den Stellenpensen. Zweitens werden wir die Lohnmassnahmen besprechen und drittens dann den Steuerfuss behandeln. Den Part der sogenannten Aufwandkürzungen haben wir jetzt ja bereits innerhalb der Detailberatungen behandelt. Die Vorlage betreffend dem Beschluss Nachtragskredit Einmalzulage für das Pflegepersonal, behandeln wir im Anschluss an die soeben genannten Elemente. Wir kommen somit zu den einzelnen Elementen des Kompromissvorschlags und zwar zu den Stellenpensen. Wird von den Vertretern der GPK noch speziell das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir basieren dort auf die Kommissionsmitteilung. Bestehen diesbezüglich weitere Wortmeldungen zu den Stellenpensen gemäss Kompromiss?

Stellenpensen

Linda De Ventura (AL): Ich spreche zu Ihnen als Präsidentin der Justizkommission. Wir haben uns in der Justizkommission intensiv mit der beantragten Stellenaufstockung beim Betreibungs- und Konkursamt befasst. Die Entwicklungen in den letzten Jahren im Betreibungs- und Konkurswesen zeigen deutlich auf, dass die ursprünglich vom Regierungsrat beantragte Stellenerhöhung um 300 Stellenprozent dringend geboten wäre. Im Jahr 2011 wurden im Kanton Schaffhausen 21'491 Betreibungen angeheben und vollzogen. Im Jahr 2019 vollzog das Betreibungs- und Konkursamt 24'808 Betreibungen. Die Anzahl der Betreibungen hat in den vergangenen Jahren stetig und in den letzten fünf Jahren markant zugenommen. Die Zunahme von 2011 bis 2019 liegt bei insgesamt 15.43 Prozent. Ebenfalls zugenommen hat die Anzahl der Pfändungen. Demgegenüber blieb jedoch das Personal im Betreibungswesen mit 20.2 Stellen unverändert, was die Belastung auf die Mitarbeitenden massiv erhöht hat. Würde das Personal entsprechend der gestiegenen Fallzahlen erhöht, wäre schon alleine beim Betreibungsamt eine Aufstockung um 3.1 Stellen notwendig. Nun noch kurz zum Konkursamt: Im Jahr 2011 betrug die Anzahl der Konkurse 99. Im Jahr 2019 waren es 139. Die Konkursverfahren sind auch zunehmend aufwendiger geworden. Im Rahmen des Entlastungsprogramms EP14, hatte das Konkursamt Schaffhausen eine Vollzeitstelle eingespart, welche bis zum heutigen Tag nicht wiederbesetzt wurde und das, obwohl sich die Fallzahlen nicht, wie damals erwartet, im Bereich von 100 bis 110 Fällen stabilisierten, sondern seither stetig angestiegen sind. Inzwischen lassen sich die teilweise sehr aufwendigen Konkursverfahren mit den bestehenden personellen Ressourcen nicht mehr zeitgerecht bewältigen. Der Antrag eines Kommissionsmitglieds, die Stellen nur um 200 Stellenprozent zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die Mehrheit der Justizkommission erachtete aufgrund dieser ausgewiesenen Fakten die zusätzlichen 300 Stellenprozent als notwendig, was auch so der GPK mitgeteilt wurde.

Im Rahmen des Kompromisses zwischen der Regierung und der GPK wird nun jedoch beantragt, die Stellen nur um 250 Stellenprozente zu erhöhen. Und das, obwohl die durch die zusätzlichen Pensen resultierenden Personalkosten durch die höheren Gebühreneinnahmen weitgehend gedeckt werden könnten. Die Justizkommission ist der Meinung, dass die Stellen-erhöhung um nur 250 Prozent nicht der gestiegenen Geschäftslast und der gestiegenen Komplexität gerecht wird und aufgrund der Corona-Krise tendenziell mit zunehmenden Betreibungs- und Konkursverfahren zu rechnen ist. Ein Rückgang der Fallzahlen ist jedenfalls nicht zu erwarten. Deshalb möchte die Justizkommission im Kantonsrat Folgendes festhalten: Wir verzichten auf einen Antrag, die 300 zusätzlichen Stellenprozente wieder ins Budget aufzunehmen. Sollte sich aber zeigen, dass die nun von der GPK und der Regierung festgelegten zusätzlichen 250 Stellenprozente beim Betreibungs- und Konkursamt nicht ausreichen, müssen die fehlenden Stellen im nächsten Budget wieder aufgenommen werden und allenfalls auch ein Nachtragskredit beantragt werden.

22 Erziehungsdepartement
2221 Aufsicht, Schulentwicklung
50%-Pensum Schulinspektorat

Roland Müller (GRÜNE): Ich spreche zur Seite 43, 2221 Aufsicht und Schulentwicklung. Da wurde eine 50%-Stelle des Berufsschulinspektors gestrichen. Je nachdem, was für eine Antwort ich von Regierungsrat Christian Amsler erhalte, werde ich eventuell den Antrag stellen, dass man das wieder im Budget aufnimmt. Meiner Meinung nach ist es unabdingbar, dass es in den Berufsschulen Inspektoren gibt. Wenn man die Komplexität in den Berufsschulen mit schwierigen Verhältnissen, aber auch die Umstellung in das *Digital Learning* und auch die Kontrollen Nachteilsausgleich und so weiter anschaut, ist es unabdingbar, einen Schulinspektor zu haben. Meine Frage ist: Was ist der Grund, dass dies wieder gestrichen wurde? Je nachdem werde ich einen Antrag stellen.

Regierungsrat Christian Amsler (FDP): Besten Dank für diese Frage, Roland Müller. Es ist so, dass wir gewisse Stellen – das haben Sie beim Eintreten gehört – in Absprache untereinander in der Regierung gestrichen haben, weil das ein Teil vom *Deal* mit der GPK war. Das gehört zum *Game*, das wissen Sie alle. Ich erlaube mir jetzt, auch gleich zu Beginn dieser Stellendebatte, diese Meinung einzugeben – die Regierung bittet Sie jetzt dringend, nicht mehr zurückzukommen und wieder Stellen aufzubauen. Stellen zu streichen oder nicht zu bekommen, tut immer weh. Aber das gehört zur Budgetdebatte. Jetzt aber konkret zur Frage von Roland Müller:

Da steckt tatsächlich eine Geschichte dahinter. Wir haben damals im Rahmen von ESH3 insgesamt 1.4 Vollzeit-Äquivalenz der Schulaufsicht gestrichen. Das war einschneidend, hat wehgetan und wir haben das in den letzten Jahren nicht wiederaufbauen können. Nun haben wir hier etwas, das auch einfach vom Radar verschwunden ist. In der Gesetzgebung oder in einer Verordnung steht tatsächlich, dass das Schaffhauser Erziehungsdepartement eine Inspektorin oder einen Inspektor für die Berufsbildung hat. Das ist eben – wie ich es gesagt habe – vom Radar verschwunden. Wir konnten schon damit kutschieren, indem der Chef der Schulaufsicht, Peter Pfeiffer, Einsitz in der Aufsichtskommission des BBZ genommen hat. Er hat das – ohne Stimmrecht, einfach als Botschafter und Fachexperte – sehr engagiert gemacht. Die Idee dahinter vom Ordnungsgeber war natürlich, Roland Müller, dass man gesagt hat: Bei der Schulqualität und Schulentwicklung, braucht es auch die Fachleute der Schulaufsicht. Das ist jetzt nicht mehr sichergestellt, das ist so. Aber ich meine, man muss auch Mut zur Lücke haben. Es ist nicht lässig, dass wir das nicht haben und nicht einhalten können. Ich sage das hier in aller Offenheit. Es ist eigentlich ein Zustand, der so nicht vorgegeben ist. Wir werden das bei der nächsten Verordnungsanpassung korrigieren müssen, weil das nicht nachgelebt wird. Aber ich möchte Sie, im Sinne meines Eingangsvotums dringend bitten, jetzt nicht wieder Stellenbegehren zurückzuschrauben. Die Regierung hat eine klare Meinung: Wir stehen bei dieser Entlastung und ich bitte Sie, den Antrag Müller abzulehnen.

Roland Müller (GRÜNE): Demnach stelle ich den Antrag, das Pensum Berufsschulinspektor im Bereich Berufsschulen wieder ins Budget aufzunehmen. Diese Antwort reicht mir schlicht nicht. Es wurde ja klar kommuniziert, dass es dies brauche. Und wenn es das braucht, brauchen wir es im Namen für unsere Schülerinnen, Schüler und Lernenden.

Abstimmung

Der Antrag von Roland Müller, das 50%-Pensum Schulinspektorat wieder in das Budget aufzunehmen, wird mit 37 : 18 Stimmen abgelehnt.

Kurt Zubler (SP): Es hat jetzt ein wenig eine Umstellung gegeben und eigentlich wollte ich zu Beginn dieser ganzen Kompromiss-Geschichte schon etwas Einleitendes sagen. Ich möchte das jetzt nach dem ersten der vier verbleibenden Punkte nachholen: Wir haben heute Morgen die Vorlesung von Raphaël Rohner, bezüglich was ein Kompromiss ist, gehört. Wir haben das gelernt, das war für uns sehr wichtig, weil wir haben uns in der

Fraktion über die Frage unterhalten: Kompromiss, ja, mit wem? Heute Morgen haben wir doch gelernt – und das verstehe ich nun – es ist der Kompromiss der GPK-Mehrheit mit der Regierung. Nun, meine Erfahrung und meine Meinung ist: Kompromisse schmieden wir dann in der Kommission, beziehungsweise im Kantonsrat. Deshalb ist das ein etwas seltsames Konstrukt. Raphaël Rohner hat auch noch gesagt – als er sprachhistorisch zurückgeschaut hat – dass Kompromiss mit C geschrieben, auch Schiedsgericht heisst. Und dem Resultat des Schiedsgerichts hätten sich dann alle zu unterwerfen. Nun, wir sind der Meinung, dass diese GPK-Mehrheit für uns nicht Schiedsgericht genug sei und wir wollen uns diesem Vorschlag deshalb nicht unterwerfen. Ich glaube, das ist auch richtig so. Wir sind hier im Rat, um unsere Meinung zu all diesen Punkten zu vertreten. Was uns etwas gestört hat, ist, dass dieser Vorschlag der GPK-Mehrheit – vor allem im letzten Geschäft, das Sie uns unterbreiten – letztlich zu einem Diktat übergeht. Das empfinden wir bis zu einem gewissen Grad als Übergriff auf die Freiheit, die wir doch hochhalten. Die Freiheit des Handelns des Kantonsrats. Wir nehmen uns deshalb vor und heraus, dass wir über jede dieser Frage – und wir möchten das auch von Ihnen so beantragen – separat diskutieren und sie in sich bewerten und in sich zu einem Schluss kommen. Nämlich darüber, ob es eine Lohnerhöhung geben soll, ob die Steuern gesenkt werden sollen oder ob es eine Einmalzulage geben soll. Zur Lohnerhöhung: Wir haben in den verschiedenen Budgetsitzungen der vergangenen Jahre jeweils von den Finanzdirektorinnen, die ja in der SVP beheimatet waren und sind, immer wieder gehört, dass wir ein Lohnsystem haben, das vielleicht funktionieren würde, aber aufgrund dessen, wie der Kantonsrat das ganze Lohnsystem handhabt, mehr schlecht als ganz recht funktioniert. Die Folge davon – wir haben das schon gehört – ist, dass wir in sehr vielen Berufen strukturell ein zu tiefes Lohnniveau haben und nicht mehr konkurrenzfähig sind. Ein Beispiel, das mir erst letztthin zugekommen ist – Wenn in der Stadt Schaffhausen Lehrpersonen gesucht werden, bewerben sich null bis eine Person, mit eventuell den geeigneten Qualifikationen für diese Stelle. In Flurlingen: Eine Stelle auf der Primarstufe ausgeschrieben, zehn Bewerbungen. Einfach, dass Sie das etwas in ein Verhältnis setzen können. Natürlich ist Flurlingen auch ein schöner Ort und hat sicher eine hübsche Schule. Aber das hat doch sicher auch noch andere Gründe. Und sie haben – genau, das stimmt – auch Schulleiter. Aber ein weiteres Beispiel, damit wir nicht immer nur bei den Lehrpersonen, den Pflegefachleuten oder den Polizisten sind: Ein hoher Kadermitarbeitender in der Schaffhauser Verwaltung, hat von Schaffhausen in eine Zürcher Stadt, auf die genau gleiche Position, mit den genau gleichen Funktionen, gewechselt und hat ohne grosse Verhandlung 20'000 Franken mehr verdient. Einfach um zu sagen, was das heisst, wo wir hier mit dem Lohnsystem stehen. Damit das nicht wieder aus dem Ruder gerät oder damit wir das beheben

können, haben wir das letzte Mal eine strukturelle Lohnerhöhung beschlossen, die aber noch nicht weit genug gegangen ist. Es ist deshalb zwingend, dass wir jetzt diesen Zustupf und diese Weiterentwicklung geben. Es geht nicht darum, das Personal pfleglich zu behandeln, sondern es geht einfach schlicht und einfach darum, dass wir ein Lohnsystem haben, mit dem wir Leute finden können, die hier qualifiziert und engagiert ihre Tätigkeit ausführen wollen. Das heisst, wir müssen diesen Entscheid unabhängig davon stellen, ob jetzt Covid herrscht oder ob es Leute gibt, die in Kurzarbeit sind. Es nützt nichts, wenn wir jetzt sagen: Ja, jetzt halten wir unser Personal kurz, weil es hat doch viele, die Kurzarbeit erleiden. Natürlich ist das ein Problem, aber man darf das nicht miteinander verquicken. Es geht darum, dass wir unser Lohnsystem wieder einigermaßen auf Vordermann bringen. Wenn man das nicht tun würde, macht man das, was wir das letzte Jahr eingeführt haben, wieder zunichte. Deshalb ist es zwingend. Eigentlich könnte man sagen, ich müsste ja gar nicht dazu reden, weil der Kompromiss das ja umfasst. Aber ich muss dazu reden, weil ich eben beim nächsten Punkt eine andere Meinung als dieses Diktat der GPK-Mehrheit vertreten werde. Deshalb muss ich sagen, warum man für diese Lohnerhöhung sein muss, ganz unabhängig von den anderen Punkten.

Steuerfuss

Eva Neumann (SP): Ich möchte gerne einen Antrag zum Steuerfuss stellen. Und zwar beantrage ich, ihn bei 105 Prozent festzusetzen, respektive, dass alles so bleibt, wie es ist. Begründung: Der Regierungsrat hat in seinem Budget vom 1. September mit einem gleich bleibenden Steuerfuss von 105 Prozent gerechnet. Ich erachte eine Senkung des Steuerfusses in diesen unsicheren Zeiten als fahrlässig und möchte damit sicherstellen, dass der Kanton genügend Finanzen zur Verfügung hat, um diese Krise gut zu meistern. Ein Steuerprozent bedeutet gut 3 Mio. Franken Einnahmen. Die geplante Senkung des Steuerfusses um drei Punkte bedeutet also, dass in Zukunft gut 9 Mio. Franken an Einnahmen fehlen. In Krisenzeiten können wir nicht auf diese Einnahmen verzichten, wenn wir die wirtschaftlichen Folgen der Covid-Krise für unsere Einwohnerinnen und Einwohner sowie das lokale Gewerbe, die Kunstszene und viele andere Bereiche, so erträglich wie möglich gestalten wollen.

Abstimmung

Dem Antrag von Eva Neumann, den Steuerfuss auf 105 Prozent festzulegen wird mit 38 : 19 Stimmen nicht zugestimmt.

*

Bericht und Antrag der GPK betreffend Beschluss Nachtragskredit Einmalzahlungen an das Pflegepersonal der Spitäler Schaffhausen

Kantonsratspräsident Lorenz Laich (FDP): Wir werden somit nun ein weiteres Element aus dem Kompromiss behandeln und machen jetzt demzufolge einen Exkurs – weg vom eigentlichen Budget und kommen in die Beratung des entsprechenden Antrags – bevor wir nachher zur Schlussabstimmung kommen. Es handelt sich um die sogenannten Einmalzulagen an das Pflegepersonal mit der Amtsdruckschrift 20-130. über diese Vorlage wird wiederum erst nach den Schlussabstimmungen zum Budget, beziehungsweise dagegen abgestimmt. Wir starten jetzt mit dem Bericht und Antrag der GPK betreffend Beschluss Nachtragskredit Einmalzahlung an das Pflegepersonal der Spitäler Schaffhausen, Amtsdruckschrift 20-130. Auch hier: Da der GPK-Präsident nicht anwesend ist, stelle ich deshalb die Frage an die Mitglieder, ob sich noch jemand aus den Reihen der GPK zu diesem Vorstoss äussern möchte.

Matthias Frick (AL): Ich möchte eine Frage stellen und Marianne Wildberger möchte sich dann auch noch Namens der Fraktion zu Wort melden. Im Zuge der Diskussion über das Budget und diese geplante Einmalzulage für die Pflegekräfte im Kantonsspital Schaffhausen, ist in unserer Fraktion eine Frage aufgetaucht und gerne möchten wir den Staatsschreiber bitten, uns diese Frage zu beantworten, sodass diese Information in die heutige Ratsdebatte einfließen kann. Zur Frage: Bringt der Begriff Einmalzahlung Rechte und Pflichten mit sich? Wenn ja, welche? Konkret geht es uns um die Frage, ob der Begriff «Einmalzulage» Vorgaben für die Art und Weise der Aufteilung der Summe an die Angestellten mit sich bringt. Beispielsweise, ob das Geld in gleichgrossen Tranchen abgegeben werden muss oder ob die Tranchen in Abhängigkeit der Löhne respektive der Pensen berechnet werden müssen. Müssen alle Mitglieder der als Empfänger definierten Gruppe in gleichem Masse berücksichtigt werden und so weiter. Wir haben uns gefragt, ob es für die Verteilung dieser Einmalzulage im Sinne grösster Freiheit vielleicht angezeigt wäre, auf den womöglich einengenden Terminus technicus Einmalzahlung zu verzichten. Wir würden gerne die Einschätzung des Staatsschreibers hierzu hören.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Der Begriff der Einmalzulage sagt lediglich aus, dass die zur Verfügung gestellte Summe einfach einmal zur Verfügung steht – im Gegensatz zu wiederkehrenden Beiträgen. Der Begriff «Einmalzulage» allein sagt noch nichts aus, wer mit den Beträgen bedacht

werden soll und nach welchen Kriterien. Das ist im entsprechenden Beschluss festzulegen. Das wurde auch so im jetzt vorliegenden Antrag der GPK gemacht. Es geht um die Honorierung besonderer Leistungen. Das ist das Kriterium. Wer dann aber wie viel von diesen Beiträgen erhalten soll, ist hier nicht festgelegt. Mit anderen Worten: Aus dem Begriff der Einmalzulage ergibt sich nichts über die Kriterien, wer nach welchen Kriterien, wie viel bekommen soll. Es geht einfach nur um eine Einmalzulage, eine einmalige Summe, die zur Verfügung steht.

Marianne Wildberger (AL): Natürlich sind wir von der AL-GRÜNE-Fraktion grundsätzlich für Zahlungen an das Pflegepersonal. Aber einige kritische Gedanken dazu: Seit der Öffnung nach der ersten Welle im Frühsommer hat die Wirtschaft, allen voran die Economiesuisse, massiv Druck ausgeübt. Man hat es in der Schweiz verpasst, sich gut auf eine zweite Welle vorzubereiten. Obwohl die Ansteckungszahlen seit Anfang Oktober in die Höhe schnellen und trotz Warnungen der Fachleute und der Spitäler, sind in der Schweiz keine strengeren Massnahmen getroffen worden, wie in letzter Zeit in allen anderen Ländern um uns herum. Steht nun also einmal mehr die Ökonomie über der Gesundheit und über den Menschen? Das Personal in den Spitälern ist erschöpft und gelangt zusehends an ihre Grenzen. Wir haben die höchsten Todeszahlen in ganz Europa. Sogar die WHO mahnte die Schweiz in den letzten Tagen an, zu wenig zu tun. Ich zitiere aus den Schaffhauser Nachrichten vom Samstag: Grundsätzlich gilt, man muss schnell auf das Virus reagieren, robust und entschlossen. Vor allem zu Beginn, wenn sich das Virus langsam in verschiedenen Gemeinden verbreitet. Reagiert man halbherzig, wird das Problem sehr schnell grösser». Das war also die Mahnung der WHO an die Schweiz. Wir haben es jetzt wohl mehr oder weniger verpasst. Ich habe gestern Abend zufällig in der Tagesschau die Karte der Schweiz gesehen. Schaffhausen ist tiefrot mit zwei, drei anderen Kantonen. Die Zahlen schnellen also in die Höhe. Mehr wie inzwischen in der Westschweiz. Und es wird irgendwie nichts getan. Nun zu dieser Einmalzahlung: Alle aus der Pflege betonen, dass neben der schlechten Bezahlung – sie verdienen nur 85 Prozent des Durchschnittslohns in der Schweiz – das grösste Problem, die fehlende Zeit, die Attraktivität des Berufs und der Administrationsaufwand – Stichwort Fallpauschalen – ist und dass dringend mehr Personal eingestellt werden muss. Das wird nicht ernst genommen, da die Spitäler ja rentieren und Gewinn ausschütten müssen. So gesehen ist eine Einmalzahlung ein Hohn. Es braucht für die Pflegenden endlich eine Lohnanpassung und es wird so kein einziges strukturelles Problem gelöst. Die Gelder dieser Einmalzahlung sollen unserer Meinung nach bei 100'000 Franken Einkommen gedeckelt werden und es sollen auch Wege gefunden werden, die zum Beispiel auch das Reinigungspersonal miteinbeziehen. Denn das hat auch

mehr Stress und Arbeit. Und es ist auch, was ist – das wurde auch schon gesagt – mit den Pflegenden, die nicht beim Spital arbeiten? Altersheime? Was ist mit Kassiererinnen, die die Lebensmittelversorgung gewährleisten? Ich meine, es gäbe noch viel zu tun, denn alle diese Menschen arbeiten mehr und strenger. Einmal mehr zahlen in dieser Krise vor allem auch wieder die Frauen einen hohen Preis. Aber wir sind natürlich für diese Einmalzahlung. Mindestens. Aber langfristig muss man sich überlegen, wie die Lohnanpassung endlich stattfinden kann.

Marco Passafaro (SP): Ich stehe hier im Namen von Patrick Portmann. Er kann leider Corona-bedingt nicht an der Sitzung des Kantonsrats teilnehmen. Seine Abwesenheit steht aber auch stellvertretend für den Einsatz des Pflegepersonals in Schaffhausen, welches ein erhöhtes Risiko trägt, sich mit dem Virus anzustecken und trotzdem Tag für Tag ihren Job machen muss. Obwohl er unter Corona-Verdacht steht, muss er aufgrund des Personalengpasses trotzdem arbeiten. Da er nicht teilnehmen kann, hat er mich gebeten, den nachfolgenden Text in seinem Namen zu verlesen: Sehr geehrte Damen und Herren. In der heutigen Budgetdebatte geht es um eine Einmalzahlung von 500'000 Franken für das Pflegepersonal der Spitäler Schaffhausen. Ausgehend von der Volksmotion mit dem Titel «Bessere Bedingungen für das Pflegefachpersonal», wurde diese Forderung innerhalb der GPK-Sitzung spontan eingebracht, weil ich es als äusserst wichtig erachte, etwas unbürokratisch und zeitnah zu tun. Diese Möglichkeit bietet sich heute mit diesem vorliegenden Antrag. Nun, das Anliegen stiess kurz zusammengefasst auf zumindest anfänglich nur wenig Begeisterung. Für die einen war der Betrag zu wenig nachhaltig, für die anderen nicht nachhaltig und nicht ein Teil der Budgetdebatte. Dritte mochten ganz einfach keine Prämie an das arg strapazierte Personal bezahlen und generieren. Aus meiner Beschreibung heraus merken Sie vielleicht, dass ich etwas enttäuscht bin. Diverse Politiker und Politikerinnen neigen meines Erachtens dazu, technokratische Debatten zu führen, Details zu bewirtschaften und die Sicht auf die eigentlichen Probleme zu verlieren. Gerade in Bezug auf das Pflegepersonal und die Gesundheitspolitik, wird inhaltlich leider oft nur an der Oberfläche gekratzt. Diese genannten Punkte führen in meinem Freundeskreis stärker denn je zu einer Politverdrossenheit. Doch genau diese gilt es mit aller Kraft zu verhindern. Diverse Arbeitskolleginnen und -kollegen steigen leider vermehrt aus dem Pflegeberuf aus, weil sie schlicht und einfach nicht mehr bereit sind, unter den aktuellen Konditionen – sprich unregelmässige Arbeitszeiten und tiefer Lohn – zu arbeiten. Ich bitte Sie – unabhängig von der Parteizugehörigkeit – Kenntnis davon zu nehmen und vielleicht sogar um etwas Verständnis für unsere Anliegen. Es geht mir hierbei persönlich nicht um eine ideologische Grund-

satzdiskussion, sondern um ein starkes Zeichen der Wertschätzung seitens der Schaffhauser Politik und um das sich verlauten lassen während dieser Krisensituation. Meine Frage an Sie: Können Sie sich mit dem Pflegepersonal identifizieren? Wo liegen Ihre Berührungspunkte mit dieser Berufsgattung? Ich zähle Ihnen kurz einige Punkte auf: Pflegekräfte müssen tagein, tagaus an die Grenzen des Möglichen gehen, schwerkranke Menschen mobilisieren, duschen, Essen geben, medikamentös versorgen und liebevoll betreuen. Demenzkranke Covid-Infizierte und aggregierte Patientinnen und Patienten waschen, eincremen und einkleiden. Psychiatrisch erkrankten Personen eine Struktur geben und einen Lebenssinn vermitteln. Gewicht messen, Blutzucker bestimmen, Blutdruck und Puls im Auge behalten. Intensive Betreuung von Angehörigen garantieren und mit fordernden Krankenkassen korrespondieren. Menschen beim Sterben begleiten und diese nach Eintritt des Todes einsargen. Diese Liste liesse sich beliebig ergänzen und ist unvollständig. Aber verstehen Sie, um was es geht? Seit Jahren mache ich zusammen mit anderen Pflegekräften auf die schwierige Allgemeinsituation und den anhaltenden Personalmangel aufmerksam. Nie werden wir gehört. Auch während der aktuellen Covid-Krise nimmt man unsere Anliegen nur bedingt ernst. Ich wünsche mir nun ein starkes *Statement* der Schaffhauser Politik für das Pflegepersonal in den Spitälern Schaffhausen. Was meine Kolleginnen und Kollegen aktuell leisten, ist bemerkenswert und gilt es heute zu würdigen. Vielleicht liegt sogar noch mehr drin. Vorschlag: 750'000 Franken? Wie auch immer, ich lasse mich überraschen. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu. Eine kleine Ergänzung möchte ich noch anbringen: Ich wollte mit meinem Anliegen speziell das Pflegepersonal berücksichtigen, bin aber nicht grundsätzlich gegen eine Ausweitung der Berufsgruppen. Jedoch sollten insbesondere Basisangestellte mit tieferem Lohn berücksichtigt werden.

Matthias Freivogel (SP): Zuerst eine Vorbemerkung: Sie haben jetzt dauernd von einem Kompromiss gesprochen. Ich spreche von einem Diktat der Mehrheit der GPK, dem sich die Regierung leider – und zwar ziemlich lasch – unterzogen hat, was ich bedauere. Ich spreche auch zu Ihnen, weil sich eine Person – gleichgültig ob Mann oder Frau, das spielt heute keine Rolle – an mich gewandt und mir gesagt hat: «Ich habe Sie gewählt und ich hoffe, Sie seien auch einmal mein direktes Sprachrohr». Diese Person arbeitet in den Spitälern Schaffhausen. Und ich sage Ihnen Folgendes: Was ich hier gehört habe, war sehr beeindruckend und ich möchte Ihnen ein Abriss dazu geben. Es geht nämlich darum, was für Leistungen in dieser schwierigen Zeit erbracht werden müssen, in unserem – notabene ich sage das voraus – gut aufgestellten und organisierten Spital. Sind Sie vor einem Jahr eingetreten, gab es dort schon eine Triage, aber eine einfache.

Heute müssen Sie als dort tätige Person, den Eintretenden mehr als doppelt so viele Fragen wie früher stellen und das dauert auch doppelt so lange. Sie müssen bald einmal nach der Triage eine Vollmontur, wenn es denn Richtung Covid geht, anziehen. Mantel, Visier – ich sage dem Taucher- oder Sägebrille – Mundschutz. Das haben Sie nicht in einer halben Minute montiert, sondern Sie brauchen zwei oder fünf Minuten. Drittens: Sie konnten vor einem Jahr gerne Personen mitnehmen, die ihnen bei der Betreuung der verletzten oder kranken Personen helfen, Händchen halten und beruhigen. Heute kaum mehr möglich. Alles muss vom Personal getan werden. Ganz klar mehr Aufwand. Viertens: Die Triage ist viel aufwendiger geworden. Wenn Sie verwirrte Leute haben – ich habe es Ihnen gesagt – niemand der Leute, die Sie kennen, hilft Ihnen bei der Betreuung. Alles muss durch das Personal gemacht werden. Weitere Sache: Mehr als doppelt so viel wie früher vor einem Jahr, müssen in die Radiologie gebracht werden. Ein CT-Apparat ist nach meinen Informationen praktisch nur noch für Covid-Untersuchungen da. Gott sei Dank haben wir mehr. Auch das: umsichtige Spitalleitung. Aber wer transportiert diese Leute dorthin? Früher konnten Sie telefonieren: Hol mir bitte diese Patientin oder diesen Patienten ab – Fehlanzeige. Die Leute, die dort sind, fahren in Vollmontur einen Patienten oder eine Patientin dorthin und holen sie wieder ab. Das braucht Distanz, das braucht Zeit und so weiter. Und das nenne ich eben besondere Leistungen. Dies alles nur bei Eintritt. Es gibt auch besondere Leistung auf den Stationen. Und dann gibt es für diese Leute, die dort arbeiten besondere Risiken. Auch wenn sie in Vollmontur sind, haben sie eine Ansteckungsgefahr. Das ist belegt. Es gibt im Kantonsspital Fälle, die trotz Vollmontur angesteckt wurden. Und das nicht nur im Kantonsspital Schaffhausen, sondern auch in anderen Spitälern. Das Risiko, das sie bei der Ausübung dieses Berufes haben, ist seit dieser Pandemie erhöht. Sie müssen auch die Vollmontur, die sie haben, doppelt entsorgen, in doppelten Packungen – Mehraufwand. Ich sage Ihnen einfach: Jetzt ist es an der Zeit, dass wir hier ein Zeichen setzen und zwar ein Starkes. Nicht Wenige, die dort arbeiten, treten um sieben Uhr ein und haben eine Schicht bis um 16:00 Uhr, ohne eine Pause und ohne etwas zu essen. Das ist nicht möglich – sage ich Ihnen einfach – denn diese Leute stehen im Einsatz für kranke Personen in diesem Kanton. Nicht nur für solche, die möglicherweise Covid haben, sondern es gibt auch noch andere. Genau darum geht es, wenn wir jetzt endlich etwas sprechen. Applaus, das ist gut. Aber jetzt ist ein Zeichen der Verantwortlichen und dieses Rats dringend nötig. Deshalb beantrage ich Ihnen Folgendes: eine Ergänzung des Beschlusses betreffend Nachtragskredit Einmalzulage und dann abgeändert: Personal. Es ist eben nicht nur das Pflegepersonal. Denken Sie an mein Beispiel des Hin- und Herfahrens zur Radiologie. Auch dort ist Personal vorhanden, das

berücksichtigt werden muss. Marianne Wildberger hat noch andere genannt. Wir dürfen das nicht auf das Pflegepersonal einschränken. Mein Antrag lautet wie folgt: Für die Honorierung besonderer Leistungen sowie unter Berücksichtigung besonderer Risiken und Einschränkungen des Personals der Spitäler Schaffhausen wird ein Nachtragskredit von 750'000 Franken zu Lasten der Staatsrechnung 2020 bewilligt. Weshalb 750'000 Franken? Weil wir das erweitern. Nicht nur für das Pflegepersonal, sondern auch für die anderen Leute. Das gehört sich. Wir können das nicht nur auf das Pflegepersonal beschränken. Und warum eben auch weitere Kriterien – davon war auch schon die Rede – weil wir höhere Risiken haben. Daher unter Berücksichtigung besonderer Risiken. Das muss die Spitalleitung, die diese Mittel dann verteilt, eben auch berücksichtigen. Und Einschränkungen, was meine ich zum Beispiel damit? Wenn jemand dort oben in diesen sensiblen Bereichen arbeitet, ist es so, dass Sie zum Beispiel Ihre kranke Mutter zu Hause nicht mehr pflegen oder betreuen können. Oder Sie können nicht in ein Heim gehen und ihr dort helfen, das Essen einzugeben. Das ist nicht mehr möglich. Verständlicherweise, denn wir wollen das nicht heraustragen, auch wenn dort die besten Schutzmöglichkeiten geboten werden. Aber wir können nichts ausschliessen. Deshalb ist es gerechtfertigt, unter allen Titeln eben 750'000 Franken zu sprechen. Eine zweite Ergänzung beantrage ich auch noch: Davon ausgenommen sind das obere Kader und die leitenden Funktionen gemäss Geschäftsbericht 2019, Spitäler Schaffhausen, Seite 34 bis 36. Dort sind diejenigen, die zwar klarerweise sehr gute Arbeit geleistet haben – sie haben es fertiggebracht, das Spital zu organisieren, neu aufzustellen und das alles zu gewährleisten, was es braucht – aber sie sind nicht unmittelbar an der Front. Sie sind meistens in einem Büro. Deshalb ist es angezeigt, hier diese Ausnahme zu machen. Wir haben im Geschäftsbericht – und da bin ich dankbar dafür – genau diese Aufstellung. Das habe ich aus dem Geschäftsbericht zitiert: Oberes Kader und leitende Funktionen. Da gibt es eine Aufstellung, jede Funktion ist aufgestellt, so kann man das ganz absolut sauber trennen. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, meinem Antrag zuzustimmen.

Peter Scheck (SVP): Ich mache es relativ kurz. Eigentlich bin ich grundsätzlich einverstanden mit dem, was Matthias Freivogel vorhin gesagt hat. Ich kann das aus dem persönlichen Umfeld bestätigen, was es bedeutet, im Notfall, in der Notfalladministration und so weiter zu arbeiten. Es ist ein knallharter Job. Ich bin mit ihm einverstanden, dass es nicht nur auf das Pflegepersonal verteilt werden soll, sondern – unsere Fraktion hat das auch so gesehen – es sollte für diejenigen Personen, die Ausserordentliches geleistet haben, geöffnet werden. Wir haben den Zusatzbrief der Re-

gierung erhalten. Wir sind mit diesem Inhalt einverstanden, dass die Spitäler selber am besten wissen, wer wieviel geleistet hat. Nicht einverstanden sind wir mit dem Betrag und der Beschränkung auf gewisse Kader, die eben nicht mehr in Frage kommen. Das muss die Spitalleitung selber entscheiden und nicht der Kantonsrat.

Daniel Preisig (SVP): Ich möchte auch noch kurz etwas zur Einmalzulage – die ich mit verhandelt habe – sagen. Zuerst zum Stichwort Diktat: Wir haben mehrfach den Vorwurf gehört, es sei kein richtiger Kompromiss und damit verbunden den Vorwurf gehört, er sei nicht richtig ausgewogen. Ich glaube, man könnte jetzt, wenn man hier einfach so zuhört, tatsächlich das Gefühl haben, dass hier die Bürgerlichen zusammengesessen sind und etwas ausgehandelt haben. Ich möchte aber betonen, dass es auch von bürgerlicher Seite Kritik gab und gibt. Die haben wir bisher einfach noch nicht allzu stark gehört. Vielleicht, weil heute der Hauptredner dieser Bedenkenträger krankheitshalber abwesend ist. Sie können sich vorstellen, wen ich meine. Gut, aber trotzdem, die Mehrheit unserer Fraktion – das habe ich einleitend gesagt – steht zu dieser Einmalzulage und zwar zur Version mit 500'000 Franken, wie sie die GPK beantragt hat. Sie ist Teil des Pakets, das die GPK mit dem heute leider abwesenden Patrick Portmann federführend vereinbart hat. Ich glaube, es ist eine gute Lösung. Mit der Ausweitung auf andere Berufsgruppen im Spital – ich glaube, wie Peter Scheck gesagt hat – damit kann ich persönlich auch leben. Vielleicht gibt es noch eine schlankere Formulierung. Ich hoffe, dass uns vielleicht der Staatsschreiber im Sinne des Vorschlags der Regierung noch einen kurzen, knackigen Formulierungsvorschlag liefern kann. Wie einleitend gesagt, vielleicht das Wichtigste, inhaltlich: Ich persönlich bin der Meinung, dass es jetzt nötig ist, dieses Signal an das Spital und an das Spitalpersonal zu senden, weil dort wirklich Aussergewöhnliches geleistet wird in dieser aussergewöhnlichen Situation. Es ist die richtige Antwort in der Corona-Krise. Genauso, wie es die richtige Antwort ist, die Steuern zu senken. Deshalb kann ich das unterstützen.

Raphaël Rohner (FDP): Obschon heute Morgen bereits die Fraktionserklärungen zum gesamten Paket abgegeben worden sind, möchte ich klar im Namen der FDP-JF-CVP-Fraktion zum Ausdruck bringen, dass wir am Kompromiss, beziehungsweise auch an dieser Einmalzulage an die Angestellten der Schaffhauser Spitäler festhalten und sie unterstützen. Es geht uns, so wie es auch Daniel Preisig gesagt hat, um eine Anerkennung und um eine deutliche Geste der Anerkennung im jetzigen Zeitpunkt, wo die Drucksituation erneut steigt. Wir sind uns dessen sehr wohl bewusst, dass nebst dem eigentlichen Arbeitseinsatz auch die psychische Belastung, nicht zuletzt auch aufgrund der Angehörigen, die mit grosser Besorgnis

selbstverständlich auch vorstellig werden, massiv ist. Wir sind daher auch einverstanden, dass man den Kreis derjenigen öffnet, die davon profitieren sollen, dass man es nicht «nur» zugunsten des Pflegepersonals im engeren Sinne ausspricht, sondern dass auch die anderen, die im Spital ihre Pflicht unter erhöhten Risiken tun – so, wie es Matthias Freivogel richtig gesagt hat – davon profitieren können. Aber bitte verzichten Sie auf die Formulierung weiterer Parameter. Ich glaube, es ist schwierig für eine Spitalleitung, wenn sie dann mit einem wohlgemeinten Beschluss Parameter aufgezählt werden, feststellen, dass eigentlich auch andere noch davon profitieren müssten, an die wir jetzt einfach mangels Kenntnis dessen, wer, was zu leisten hat, nicht denken. Darum eine möglichst offene Formulierung bezogen auf die Angestellten der Schaffhauser Spitäler. Die Spitalleitung selber ist dann sehr wohl in der Lage, den richtigen Entscheid zu fällen und gerecht und auch leistungsbezogen eine Verteilung vorzunehmen. Nicht ganz einig sind wir mit der Feststellung von Matthias Freivogel, es sollen «ausschliesslich» die Pflegenden davon profitieren oder untere Chargen, sondern es gibt auch Kadermitarbeitende, die sehr angespannt sind und die eine grosse Verantwortung tragen. Wenn es dort angezeigt ist, jemandem ebenfalls eine zusätzliche Leistung, eine Zulage zu gewähren, dann müssen wir auch das dem Spitalpersonal überlassen. Unsere Fraktion wird daher dem Antrag auf Zulage zustimmen und zwar in dem Umfang, so wie es Ihnen die GPK und die Regierung vorschlägt. Zum Votum von Marianne Wildberger sei noch etwas in Erinnerung gerufen: Wir haben in diesem Sommer ein Postulat eines gewissen Kantonsrats Schmidig und eines gewissen Kantonsrats Rohner, der hier steht, eingehend beraten und hier geht es um konkurrenzfähige und angemessene Besoldung für Polizeibeamtinnen und -beamten sowie für das Pflegepersonal. Ich bitte Sie einfach zu beachten, dass dieser Vorstoss seinerzeit überwiesen wurde und demzufolge der Auftrag an die Regierung gesetzt ist. Also auch namens unserer Fraktion ein herzliches Dankeschön an alle Engagierten im Spital. Aber ich möchte auch als Vertreter einer grossen Kommune im Kanton darauf hinweisen, dass selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene sehr grosse Arbeit geleistet wird. Nicht nur in Altersheimen, sondern auch an den Schulen. Die Stadt Schaffhausen hat beispielsweise Lehrpersonen, die sich im Rahmen des *Lockdowns* sehr engagiert haben, mit einer namhaften Prämie verdankt. Und wir haben im Grossen Stadtrat auch den Auftrag erhalten, zugunsten der Altersheime einen Vorschlag zu machen.

Kurt Zubler (SP): Wir tun jetzt mit diesem Nachtragskredit genau das, was ich Ihnen vorgeschlagen und mir gewünscht habe. Nämlich, dass wir darüber diskutieren, dass es dringend angezeigt sei – ich habe das jetzt von allen Vorrednerinnen und -rednern gehört – und unbedingt notwendig sei,

dass man dieses Zeichen setze, dass man diesen Dank ausspreche und diese Wertschätzung vollziehe und zwar einfach so, *tel quel*. Ich finde das sehr wichtig und bin der GPK auch dankbar, dass sie diesen Vorschlag gemacht hat. Was ich völlig daneben finde, ist, dass sie das in einem Knebelbeschluss verfasst hat und damit den Kantonsrat quasi in Eisen gelegt hat, in dem die GPK-Mehrheit gesagt hat: Wenn Ihr alles andere auch durchwinkt, können wir diese dringend notwendige Wertschätzung aussprechen. Das geht meines Erachtens nicht. Das ist dem Kantonsrat nicht würdig. Dagegen müssen wir uns wehren und deshalb beantrage ich Ihnen, Abs. 2 ersatzlos zu streichen. Dann entscheiden wir in Würde über diesen Antrag, über diesen Beschluss, ob wir dieses Zeichen setzen wollen und zwar unabhängig vom Rest und wie es sich gehört. Wenn wir den so stehen lassen, ist es ein Präjudiz, das werden Sie dann sehen. Das wird dann immer wieder kommen und immer wieder werden wir solche Knebelbeschlüsse vorgelegt erhalten, die uns in Eisen legen und unserer Freiheit berauben wollen. Ich empfehle Ihnen also, diesen Art. 2 zu streichen.

Mariano Fioretti (SVP): Jetzt habe ich eine lange Zeit die Schelte von links anhören dürfen. Ich muss hier doch betonen: Die GPK hat aus meiner und aus der Sicht von Pflegenden einen sehr guten Kompromiss erarbeitet. Der Kompromiss, den Sie auf dem Tisch haben, wurde notabene von einem bürgerlichen GPK-Mitglied in die Diskussion eingebracht. Das hat einige gewisse Leute von der Regierung etwas geschaudert. Ich kann es nicht genau nachvollziehen oder wiedergeben, wie es war. Aber ich will einfach sagen: Hier folgten Taten und nicht nur leere Worte. Und ich möchte Sie bitten, diesen Vorschlag auch zu stützen und auf irgendwelche Ergänzungen zu verzichten. Vor allem wissen wir nicht genau, ob auch ein Kadermitarbeiter 18 Stunden gearbeitet hat. Genauso, wie möglicherweise jemand, der in der Reinigung tätig war. Also, ich glaube, da müssen wir dem Spital vertrauen und die Kompetenz dort belassen, wo sie auch hingehört. Ich glaube, wir sind das falsche Gremium. Aber bitte unterstützen Sie den Vorschlag, wie er aus der GPK kam. Es war ein guter Kompromiss, ein guter Vorschlag und kam erst noch von der bürgerlichen Ratsseite.

Daniel Preisig (SVP): Ich möchte zum Antrag von Kurt Zubler sprechen. Er beantragt, diese Bedingung herauszustreichen. Dazu muss ich mich auch im Namen der GPK wehren. Wir haben in der GPK ein Paket verhandelt, das ausgewogen ist. Wenn nun einzelne Elemente rausgebrochen werden, ist es eben kein Paket mehr. Ich glaube, man kann auch nicht von Diktat sprechen, da der Kantonsrat jetzt auch die Möglichkeit hätte, diesen Antrag noch zu ändern, bevor er ihn zum Beschluss erklärt. Wichtig ist auch, dass diese Bedingung drinbleibt. Nicht nur für die heutige Diskussion, sondern auch für nachher, wenn allenfalls ein Referendum ergriffen

wird. Denn es ist die Bedingung, dass das Paket bis zum Schluss Bestand haben muss, bis alles rechtskräftig ist. Darum möchte ich Ihnen beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen.

Matthias Freivogel (SP): Daniel Preisig, ich habe den Bericht der GPK gelesen. Abstimmungsergebnis am Schluss: Fünf waren für diesen sogenannten Kompromiss, zwei dagegen und zwei Enthaltungen. Also, vier waren nicht dafür. Und Sie wollen uns das als Kompromiss verkaufen? Sie rufen, das sei die Mehrheit. Ja, das ist es und es ist selbstverständlich zulässig. Dazu habe ich gar keine Reklamation. Aber es ist das falsche Wort. Da können wir nicht von Kompromiss reden. Und das Zweite: Ich möchte meinen Vorschlag vereinfachen und Ihnen etwas entgegenkommen, was das Argument betrifft, dass auch Leute in höheren Positionen, die besondere Einsätze geleistet haben, nicht kategorisch ausgeschlossen würden. Deshalb streiche ich hier in meinem Wunderwerk, welches Sie vor sich haben, die Sterne-Bemerkung unten, also «davon ausgenommen ...», das ist nicht mehr Bestandteil meines Antrags. Und damit es noch etwas einfacher wird, streiche ich auch oben, wo es heisst «Für die Honorierung besonderer Leistungen sowie unter Berücksichtigung besonderer Risiken...» «und Einschränkungen». Also, dass nur noch die besonderen Leistungen und die besonderen Risiken bei der Evaluation berücksichtigt werden müssen. Dann ist der Ermessensspielraum grösser. Aber ich denke, die Komponente des besonderen Risikos ist wirklich eine wichtige. Eine besondere Leistung und ein besonderes Risiko ist nicht dasselbe. Also – wir haben es gehört und sind uns einig – diese Leute sind besonderen Risiken ausgesetzt, also muss das auch ein Kriterium sein, das mitberücksichtigt werden muss.

Kantonsratspräsident Lorenz Laich (FDP): Wie ich aus der Diskussion entnommen habe, kann ich interpretieren, dass der Wortbestandteil «Pflegerpersonal» umzuwandeln in «Personal» grundsätzlich nicht auf Ablehnung gestossen ist. Ich möchte einfach feststellen, dass bislang kein Antrag gestellt worden ist, der nur explizit und alleine dieses Wort von «Pflegerpersonal» auf «Personal» ändert. Es ist einfach der Antrag von Matthias Freivogel, der das auch mit der Erhöhung von 500'000 Franken auf 750'000 Franken kombiniert. Ich gebe dazu auch noch das Wort an den Staatsschreiber, damit er es noch präzisieren kann.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Ich wurde vorhin auch von Kantonsrat Daniel Preisig direkt in dieser Sache angesprochen, wollte aber abwarten, bis der Reigen der Voten vorbei ist. Ich habe von verschiedenen Votanten gehört – sei es Daniel Preisig, Raphaël Rohner, Matthias Freivogel sowieso

und auch Mariano Fioretti – dass eigentlich alle möchten, dass die Formulierung «Pflegepersonal» ausgeweitet wird. Der Regierungsrat hat Ihnen mitgeteilt, dass er das eine bessere Lösung fände, obwohl er keinen Antrag gestellt hat. Aber bis jetzt scheint es mehrheitsfähig zu sein. Aber dieser Antrag ist so in der Tat nicht gestellt. Es ist ein Antrag von Kantonsrat Matthias Freivogel gestellt, der das auch vorsieht – aber in Kombination mit einer Erhöhung von 500'000 Franken auf 750'000 Franken. Weiter ist ein Antrag von Kurt Zubler gestellt, der die Streichung der Ziffer 2 vorsieht. Wenn Sie die Ausweitung in der Ziffer 1 wollen – und nur diese Ausweitung wollen – dann müsste dieser Antrag noch gestellt werden.

Matthias Frick (AL): Mariano Fioretti hat etwas Wichtiges gesagt. Er hat berichtet, wie es in der GPK war. Die Einmalzulage hat ein bürgerliches GPK-Kommissionsmitglied eingebracht. Am Kompromiss war die linke Seite nicht beteiligt. Deshalb ist eben auch dieser Begriff falsch gewählt. Nun denn, wir – und damit meine ich auch Eva Neumann und mich – haben namens unserer Fraktionen die Verhandlungspositionen in die GPK eingebracht. Eine dreiprozentige Steuersenkung stand nicht zur Debatte. Eine Lohnentwicklung, wie sie nun vorgesehen ist, ebenso wenig. Ich bin aber hier vorne, weil ich nicht einig gehe mit dem, was Raphaël Rohner gesagt hat. Wir brauchen weitere Parameter. Beispielsweise brauchen wir zwingend eine Berichterstattung über die Verwendung der Gelder. Wenn das fehlt, dann tun und lassen die in der Spitalleitung mit dem Geld, was sie wollen, ohne dass wir erfahren, was genau damit passiert. Womöglich beschränken sie dann den Adressatenkreis dieser Zahlung selbstständig, ohne dass wir ihnen eine Vorgabe machen. Anzunehmen ist aber eher, dass dann der Löwenanteil der Einmalzulage an das Personal mit Leitungs- und Führungsfunktionen geht, anstatt zu den Leuten an den Spitalbetten. Ich bin der Meinung, dass wir wissen sollten, was mit dem Geld passiert. Transparenz ist auch hier die beste Kontrolle. Sie führt zu Mässigung und das ist hier eben ein sehr wichtiges Anliegen. Ich stelle Ihnen daher den Antrag auf Einfügung einer Ziffer 3 – je nachdem Ziffer 2, wenn der Antrag von Kurt Zubler durchkommt – die da lautet: «Die Spitäler Schaffhausen erstatten dem Kantonsrat Schaffhausen über die Verwendung der Einmalzulage detailliert Bericht».

Raphaël Rohner (FDP): Wir nähern uns langsam aber sicher einer dritten Sitzung, wenn wir noch viel Wortklauberei betreiben. Ich möchte namens meiner Fraktion an dieser Stelle ganz klar das Vertrauen auch der Spitalleitung aussprechen. Es ist operative Aufgabe eines Führungsgremiums, diese Zulage zuzuweisen. Und wir wissen ja, dass die Spitalleitung «sich nicht mehr wie vor 50 Jahren ausschliesslich mit Ärzten zusammensetzt», sondern es ist auch das Pflegepersonal und so weiter vertreten. Wir haben

das Vertrauen und wir bitten Sie doch, uns zu folgen. In diesem Sinne werden wir garantiert nicht in der Lage sein, die Parameter besser und gerechter zu setzen. Das wäre ein Trugschluss. Jetzt hat Staatsschreiber Stefan Bilger noch zu Recht darauf hingewiesen, dass der Begriff des Pflegepersonals noch nicht neu formuliert sei. Und da gibt es ja eine ganz einfache Möglichkeit, indem wir «Pflegepersonal» mit «Mitarbeitenden der Schaffhauser Spitäler» ersetzen. Dann haben wir das, was wir wollen. Und wenn wir das noch ergänzen mit «besonderen Risiken, nach besonderen Leistungen» so, wie es Matthias Freivogel wünscht, haben wir den Antrag der GPK bereits ergänzt und es wird nur noch darüber abzustimmen sein, ob 500'000 Franken oder, wie neu beantragt, 750'000 Franken. Ich bin zwar der Meinung, das sei nicht nötig – aber wenn Sie schon der Meinung sind, der Spitalrat müsse Bericht erstatten, haben wir eine Gesundheitskommission. Dann kann dort Bericht erstattet werden. Ich weise Sie auch auf mögliche datenschutzrechtliche Probleme hin, wenn uns allen detailliert berichtet würde, wer wie viel oder auf welchen Stufen wie viel verteilt wurde. Ich würde meinen, das könnte ein vernünftiger Kompromiss sein und damit könnte auch die Spitalleitung und das Personal leben. Ich von meiner Seite und auch meine Fraktion, gehen immer noch von einem Prinzip des Vertrauens aus und wir haben Vertrauen in die Spitalleitung, dass sie auch diese Aufgabe richtig, sachgerecht und gerecht erledigen.

Peter Scheck (SVP): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Raphaël Rohner jetzt den Antrag gestellt hat oder ob er immer noch hängig ist. Er hat ihn gestellt. Damit können wir uns einverstanden erklären. Womit wir uns sicher nicht einverstanden erklären, ist mit dem zusätzlichen Rechenschaftsbericht und mit der Streichung der Ziffer 2. Damit kommt Ihr nicht durch. Ich möchte davon abraten, dass Sie Anträge um Anträge stellen, die keine Mehrheit finden werden. Wir verschwenden nur unsere Zeit.

Bruno Müller (SP): Ich kann mich kurzfassen. Wir haben jetzt einen Personenkreis, die in den Nutzen dieser Zuwendung kommen, erweitert. Wir haben erkannt, dass man das wahrscheinlich auch nicht eng fassen kann und dann ist es eigentlich die logische Abfolge, dass man den Betrag erhöhen muss. Deshalb rufe ich noch einmal in Erinnerung: Gefordert sind einmalig 750'000 Franken. Das ist in Anbetracht einer Steuerreduktion von etwa 9 Mio. Franken sehr zu relativieren. Ich denke, wenn man auf der einen Seite sehr grosszügig war, muss man vielleicht denjenigen gegenüber, die unseren Dank und unsere Anerkennung, das über das Klatschen hinausgeht, auch Rechnung tragen.

Thomas Hauser (FDP): Ich wollte eigentlich dasselbe sagen, wie jetzt gerade Bruno Müller und möchte ihn in seinen Ausführungen bestärken. Also,

wenn Sie den Kreis vom Pflegepersonal auf Personal oder Mitarbeitende ausdehnen, wird der Kreis grösser. Das ist ja logisch. Also müssen Sie auch den Betrag erhöhen. Wenn Sie sagen, es gibt eine Einmalzulage für alle Primarlehrer, 500'000 Franken und dann kommt jemand und sagt: Nein, das bekommen alle Lehrer. Dann sind es einfach mehr und dann müssen Sie den Betrag erhöhen. Und wenn wir das mit dieser Änderung vom Pflegepersonal weg zum allgemeinen Begriff machen, müssen wir dem Antrag Matthias Freivogel zustimmen. Ist an sich logisch.

Matthias Freivogel (SP): Zum dritten und letzten Mal: Ich habe mich vorhin mit Raphaël Rohner abgesprochen in dem Sinne, dass wir uns einig sind, dass sein Formulierungsantrag mit den Mitarbeitenden der Spitäler Schaffhausen – glaube ich, hat er gesagt – unter Einbezug der Risiken so lauten soll. Das wäre eigentlich schon zu übernehmen und dann bleibt nur noch die Abstimmung über die Höhe des Betrags. Also ich denke, die Abstimmungsverfahren könnten verkürzt werden, so, dass es nur noch zwei Abstimmungen geben würde.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Wir haben jetzt – nach meiner Interpretation – zwei Hauptanträge: Hauptantrag Zubler, der die Streichung der ganzen Ziffer 2 beantragt. Das ist ein wesentlicher Eingriff in diese Bestimmung. Wir haben einen zweiten Hauptantrag, Antrag Frick, der eine zusätzliche Ziffer 3 beantragt, nämlich die Berichterstattung. Und wir haben zwei Abänderungsanträge, der Antrag Freivogel und der Antrag Rohner, die sich nur dahingehend zwischen 500'000 und 750'000 Franken, unterscheiden. Die restliche Formulierung ist gleich. Ich würde vorschlagen, dass Sie mit einer Abstimmung beginnen, den Antrag GPK, so wie es beantragt ist, gegen den Antrag Zubler. Dann wissen Sie, ob es diese Kopplung hat oder nicht. Die obsiegende Variante würde ich dem Antrag Frick gegenüberstellen. Dann haben Sie danach eine Fassung, die sagt, ob Sie eine Kopplung und/oder eine Ergänzung dieser Bestimmung wollen. Was dort übriggeblieben ist, würde ich einmal auf die Seite legen. Dann würde ich den Antrag Rohner dem Antrag Freivogel gegenüberstellen – entweder 500'000 oder 750'000 Franken. Jene obsiegende Variante ist dann der ersten obsiegenden Formulierung gegenüberzustellen. Dann meine ich, haben Sie über alles abgestimmt, was es hier abzustimmen gibt.

Abstimmungen

Dem Antrag von Kurt Zubler, die ganze Ziffer 2 zu streichen, wird mit 37 : 20 Stimmen nicht zugestimmt.

Dem Antrag von Matthias Frick betreffend Neuaufnahme einer Ziffer 3, die lautet «Die Spitäler Schaffhausen erstatten dem Kantonsrat Schaffhausen über die Verwendung der Einmalzulagen detailliert Bericht» wird mit 40 : 16 Stimmen nicht zugestimmt.

Dem Antrag von Raphael Rohner, die Formulierung «Für die Honorierung besonderer Leistungen sowie unter Berücksichtigung besonderer Risiken der Mitarbeitenden der Spitäler Schaffhausen wird ein Nachtragskredit zu Lasten der Staatsrechnung 2020 im Umfang von 500'000 Franken gewährt» aufzunehmen, wird mit 33 : 23 Stimmen bei einer Enthaltung der Vorzug gegeben (vs. Antrag Matthias Freivogel, 750'000 Franken).

Dem Antrag von Raphael Rohner, Ziffer 1 mit «Für die Honorierung besonderer Leistungen sowie unter Berücksichtigung besonderer Risiken der Mitarbeitenden der Spitäler Schaffhausen wird ein Nachtragskredit zu Lasten der Staatsrechnung 2020 im Umfang von 500'000 Franken gewährt » zu formulieren, wird mit 38 : 16 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Regierungsrat Walter Vogelsanger: Ich fand das eine gute und wertvolle Diskussion und der Kantonsrat setzt somit ein starkes Zeichen. Ich möchte mich im Namen der Regierung und auch der Spitäler Schaffhausen ganz herzlich bedanken.

Schlussabstimmung

Dem abgeänderten Beschluss betreffend Nachtragskredit Einmalzulage der Mitarbeitenden der Spitäler Schaffhausen wird mit 52 : 1 Stimmen zugestimmt.

Kantonsratspräsident Lorenz Laich (FDP): Wenn wir uns jetzt weiter konzentriert der Arbeit widmen, wird es – davon bin ich überzeugt – keine dritte Sitzung benötigen. Ich möchte Sie weiterhin bitten, bei den letzten Abstimmungen konzentriert zu bleiben. Wir haben damit nun die Debatte über die Einmalzulagen an die Mitarbeitenden der Spitäler Schaffhausen beendet. Wir kehren somit wieder zur Budgetdiskussion zurück. Bevor wir nun zu den Schlussabstimmungen kommen, stelle ich die Frage, ob Rückkommen zum Budget 2021 verlangt wird.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Abstimmungen

Dem Antrag, im Jahr 2021 den Steuerfuss auf 102 Prozent der einfachen Staatssteuer zu senken, wird mit 38 : 18 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag, die Rebsteuer für das Jahr 2021 gemäss Art. 49 Kantonales Landwirtschaftsgesetz SHR 910.100 auf 1 Franken pro Aare festzulegen, wird mit 44 : 5 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag der neuen Verpflichtungskredite in der Höhe von 5'270'300 Franken zu Lasten der Erfolgsrechnung und 22'064'600 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung wird mit 55 : 0 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag bezüglich den Beschluss Durchgangsplatz Ziegelhütte wird mit 34 : 20 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag bezüglich den Beschluss Umgebungsschutzgebiet Kesslerloch wird mit 52 : 2 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag bezüglich den Beschluss zum Innenausbau der Dachsanierung im Verwaltungsgebäude Mühental wird mit 56 : 0 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag bezüglich den Beschluss Ersatz der mechanischen und elektrischen Werkstätte im Werkhof Tiefbau Schaffhausen wird mit 53 : 2 Stimmen zugestimmt.

Die Budgets 2021 für die Spezialverwaltungen KSD, Interkantonales Labor, Kantonale Familienausgleichskasse, Kantonaler Sozialfonds und Bauernkreditkasse gemäss Ziff. 9.1 bis 9.5 wird mit 44 : 1 Stimmen genehmigt.

Schlussabstimmung

Das Budget 2021 für den Kanton Schaffhausen, samt den Nachträgen – Vorlage des Regierungsrats vom 20. Oktober 2020 und den Ergebnissen der Beschlüsse der vorangegangenen Diskussion, wird mit 34 : 19 Stimmen genehmigt.

Kantonsratspräsident Lorenz Laich (FDP): Ich möchte mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Wir könnten grundsätzlich mit Traktandum drei

beginnen. Aber wie sagt man so schön, für diejenigen, die im Militärdienst waren? Der Kadi der Kompanie Kantonsrat gewährt Leistungsabtreten. Wir beenden die Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Ich danke Ihnen ganz herzlich für das aktive Mitmachen und danke auch der GPK, der Regierung sowie den Fraktionen für ihre Arbeit, dass wir dieses Budget in sehr effizienter Zeit in trockene Tücher gebracht haben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und freue mich, Sie hier am 14. Dezember 2020 wieder begrüßen zu dürfen.

Schluss der Sitzung: 16:55 Uhr

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4
Aellig	Pentti	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Brenn	Franziska	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Brühlmann	Philipp	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Capaul	Urs	AL-Grüne	Grüne	Nein	Nein	Ja	V/A/N
De Ventura	Linda	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Ja	Nein
Derksen	Theresia	FDP-CVP-JF	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja
Erb	Samuel	SVP-EDU	SVP Senioren	Ja	Ja	Nein	Ja
Faccani	Diego	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
Fehr	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Fioretti	Mariano	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Flück Hänzli	Rita	FDP-CVP-JF	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja
Frei	Andreas	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Freivogel	Matthias	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Frick	Matthias	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Ja	Nein
Graf	Hansueli	SVP-EDU	SVP Agro	Ja	Nein	Nein	Ja
Gruhler Heinzler	Irene	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Härvelid	Maria	GLP-EVP	GLP	Ja	Nein	Ja	Ja
Hauser	Thomas	FDP-CVP-JF	FDP	Nein	Enth	Ja	Ja
Hedinger	Beat	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
Heydecke	Christian	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
Hirsiger	Herbert	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Hotz	Walter	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Huber	Katrin	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Isliker	Arnold	SVP-EDU	SVP	V/A/N	Ja	Nein	Ja
Lacher	Stefan	SP-JUSO	JUSO	Nein	Nein	Ja	Nein
Laich	Lorenz	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
Mannhart	Hedy	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
Meyer	Daniel	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Montanari	Marcel	FDP-CVP-JF	JF	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Müller	Roland	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Ja	Nein
Müller	Bruno	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Müller	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Neuenschwander	Andreas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Neukomm	Peter	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Neumann	Eva	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Passafaro	Marco	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
Penkov	Angela	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Ja	Nein
Portmann	Patrick	SP-JUSO	SP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Preisig	Daniel	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Rohner	Raphaël	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
Scheck	Peter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Schlatter	Martin	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Schmidig	Rainer	GLP-EVP	EVP	Nein	Nein	Ja	Ja

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4
Schmidt	René	GLP-EVP	GLP	Nein	Nein	Ja	Nein
Schneitzler	Andreas	SVP-EDU	EDU	Ja	Ja	Enth	Ja
Schudel	Erich	SVP-EDU	JSVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Stamm	Erhard	SVP-EDU	SVP KMU	Ja	Ja	Nein	Ja
Stamm	Thomas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Stauffner	Daniel	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
Stoll	Virginia	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Sulzberger	Ernst	GLP-EVP	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja
Sutter	Erwin	SVP-EDU	EDU	Ja	Ja	Nein	Ja
Tektas	Nihat	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	V/A/N
Ullmann	Corinne	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Werner	Peter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Widmer	Regula	GLP-EVP	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja
Widberger	Marianne	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Ja	Nein
Würms	Josef	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja
Yilmaz	Nil	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Ja
Zubler	Kurt	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein
			Ja	34	33	35	37
			Nein	22	23	21	18
			Enthaltung	0	1	1	0
			V / A / N	4	3	3	5
			Total	60	60	60	60
			Vakanz, Abwesenheit, Nicht-Teilnahme				

Nr.	Traktandum	Betreff	Abstimmung	Stimmen
Abstimmung 1	<p>Verpflichtungskredit: IPR0167, 2301 Energiefachstelle (Budget 2021, Finanzplan 2021-2024, Seite 104)</p> <p>Urs Capaul beantragt die Aufstockung um 600'000 Franken (Vorzeitiger Ersatz dezentrale Elektrospeicheröfen)</p>	<p>Antrag Urs Capaul</p>	<p>Ja 34</p> <p>Nein 22</p> <p>Enth 0</p> <p>V/A/N 4</p> <p>Total 60</p> <p>Ja bedeutet Zustimmung Vorlage GPK/RR Nein bedeutet Zustimmung Antrag Urs Capaul</p>	
Abstimmung 2	<p>Verpflichtungskredit: IPR0167, 2301 Energiefachstelle (Budget 2021, Finanzplan 2021-2024, Seite 104)</p> <p>Andreas Frei beantragt die Aufstockung um 300'000 Franken (Förderung von 10-20 grossen PV-Anlagen)</p>	<p>Antrag Andreas Frei</p>	<p>Ja 33</p> <p>Nein 23</p> <p>Enth 1</p> <p>V/A/N 3</p> <p>Total 60</p> <p>Ja bedeutet Zustimmung Vorlage GPK/RR Nein bedeutet Zustimmung Antrag Andreas Frei</p>	
Abstimmung 3	<p>Nettoinvestitionen: IPR0176, VK Durchgangsplatz Ziegelhütte (Budget 2021, Finanzplan 2021-2024, Seite 84)</p> <p>Pentti Aellig beantragt die Streichung der budgetierten 2.03 Mio. Franken für den Durchgangsplatz Ziegelhütte</p>	<p>Antrag Pentti Aellig</p>	<p>Ja 35</p> <p>Nein 21</p> <p>Enth 1</p> <p>V/A/N 3</p> <p>Total 60</p> <p>Ja bedeutet Zustimmung Vorlage GPK/RR Nein bedeutet Zustimmung Antrag Pentti Aellig</p>	
Abstimmung 4	<p>Stellenpensen/Stellenbegehren</p> <p>Finanzstelle: 2221 (Erziehungsdepartement - Aufsicht, Schulentwicklung) (Budget 2021, Finanzplan 2021-2024, Seite 43)</p> <p>Roland Müller beantragt, das 50%-Pensum Schulinspektorat wieder ins Budget aufzunehmen.</p>	<p>Antrag Roland Müller</p>	<p>Ja 37</p> <p>Nein 18</p> <p>Enth 0</p> <p>V/A/N 5</p> <p>Total 60</p> <p>Ja bedeutet Zustimmung Vorlage GPK/RR Nein bedeutet Zustimmung Antrag Roland Müller</p>	

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4	Abst. 5	Abst. 6	Abst. 7	Abst. 8	Abst. 9	Abst. 10	Abst. 11
Aellig	Pentti	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Brenn	Franziska	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Brühlmann	Philipp	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Enth	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Enth	Ja
Capaul	Urs	AL-Grüne	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
De Ventura	Linda	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja
Derksen	Theresia	FDP-CVP-JF	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Erb	Samuel	SVP-EDU	SVP Senioren	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enth
Faccani	Diego	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Fehr	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Enth	Enth	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Fioretti	Mariano	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Flück Hänzli	Rita	FDP-CVP-JF	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Frei	Andreas	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Freivogel	Matthias	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Enth	Ja	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja
Frick	Matthias	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	V/A/N	Nein	V/A/N	Ja	Ja	Ja
Graf	Hansueli	SVP-EDU	SVP Agro	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Gruhler Heinzler	Irene	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Härveld	Maria	GLP-EVP	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Hauser	Thomas	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Hedinger	Beat	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Heydecke	Christian	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Hirsiger	Herbert	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Hotz	Walter	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N									
Huber	Katrin	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Isliker	Arnold	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Enth	Ja	Nein	Ja
Lacher	Stefan	SP-JUSO	JUSO	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Laich	Lorenz	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Mannhart	Hedy	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Meyer	Daniel	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Montanari	Marcel	FDP-CVP-JF	JF	V/A/N	V/A/N									
Müller	Roland	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Nein	Ja	V/A/N	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Bruno	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Enth
Neuenschwander	Andreas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Neukomm	Peter	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
Neumann	Eva	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja
Passafaro	Marco	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Penkov	Angela	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Portmann	Patrick	SP-JUSO	SP	V/A/N	V/A/N									
Preisig	Daniel	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Rohner	Raphaël	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Scheck	Peter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Schlatter	Martin	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Schmidig	Rainer	GLP-EVP	EVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enth	Ja	Ja	Ja

Abst. 12	Abst. 13	Abst. 14	Abst. 15
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Enth	Nein
Ja	Ja	Enth	Nein
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Nein	Nein
Ja	Ja	Enth	Nein
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	V/A/N
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Nein
V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Nein	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Enth
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Ja	Nein
Ja	Ja	Enth	Nein
V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Ja	Ja	Enth	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Enth	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja

Abst. 12	Abst. 13	Abst. 14	Abst. 15
Ja	Ja	Enth	Ja
Ja	Ja	Enth	Ja
Ja	Ja	Enth	Enth
Ja	Nein	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Enth	Ja
Ja	Ja	Ja	Ja
Ja	Ja	Enth	Nein
Ja	Ja	Ja	Ja
V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Ja	V/A/N	Ja	Nein
56	53	44	34
0	2	1	19
0	0	11	2
4	5	4	5
60	60	60	60

Nr.	Traktandum	Betreff	Abstimmung	Stimmen
Abstimmung 1	Steuerfuss Eva Neumann beantragt, den Steuerfuss 2021 auf 105% festzulegen.	Antrag Eva Neumann	Ja Nein Enth V/A/N Total	38 19 0 3 60
Abstimmung 2	Beschluss Nachtragskredit Einmalzulage Pflegepersonal Kurt Zubler beantragt die vollständige Streichung von Ziffer 2.	Antrag Kurt Zubler	Ja Nein Enth V/A/N Total	37 20 0 3 60
Abstimmung 3	Beschluss Nachtragskredit Einmalzulage Pflegepersonal Matthias Frick beantragt Ziffer 3 (neu): «Die Spitäler Schifflausen erstatten dem Kantonsrat Schaffhausen über die Verwendung der Einmalzulage detailliert Bericht».	Antrag Matthias Frick	Ja Nein Enth V/A/N Total	40 16 1 3 60
Abstimmung 4	Beschluss Nachtragskredit Einmalzulage Pflegepersonal Matthias Freivogel beantragt folgende Ergänzung unter Ziffer 1: «Für die Honorierung besonderer Leistungen sowie unter Berücksichtigung besonderer Risiken (...). Zudem sei der Nachtragskredit auf 750'000 Franken aufzustocken.	Antrag Matthias Freivogel vs. Antrag Raphaël Rohner	Ja Nein Enth V/A/N Total	23 33 1 3 60
Abstimmung 5	Beschluss Nachtragskredit Einmalzulage Pflegepersonal Dem gegenüber steht der Antrag von Raphaël Rohner. Er unterstützt die von Matthias Freivogel beantragte Ergänzung, beantragt aber, beim Nachtragskredit in der Höhe von 500'000 Franken zu bleiben.	Gegenüberstellung Anträge GPK/Rohner	Ja Nein Enth V/A/N Total	16 38 2 4 60
Abstimmung 6	Beschluss Nachtragskredit Einmalzulage Pflegepersonal Schlussabstimmung über angepassten Beschluss	Schlussabstimmung Beschluss Nachtragskredit Einmalzulage Pflegepersonal	Ja Nein Enth V/A/N Total	52 1 2 5 60
Abstimmung 7	Steuerfuss Schlussabstimmung über den Steuerfuss auf 102% für das Jahr 2021 (Vorjahr 105%)	Schlussabstimmung Steuerfuss (102%)	Ja Nein Enth V/A/N Total	38 18 0 4 60

Nr.	Traktandum	Betreff	Abstimmung	Stimmen
Abstimmung 8	Rebsteuer Schlussabstimmung über die Festsetzung der Rebsteuer auf 1 Franken pro Ate. (unverändert gegenüber dem Vorjahr)	Schlussabstimmung Rebsteuer	Ja Nein Enth V/A/N Total	44 5 6 5 60
Abstimmung 9	Verpflichtungskredite 5'270'300 Franken zulasten der Erfolgsrechnung und 22'064'600 zulasten der Investitionsrechnung	Schlussabstimmung Verpflichtungskredite	Ja Nein Enth V/A/N Total	55 0 1 4 60
Abstimmung 10	Durchgangsplatz Ziegelhütte Kreditbeschluss (2'029'600 Franken)	Schlussabstimmung Kreditbeschluss	Ja Nein Enth V/A/N Total	34 20 2 4 60
Abstimmung 11	Umgebungsschutzgebiet Kesslerloch Kreditbeschluss (1'750'000 Franken)	Schlussabstimmung Kreditbeschluss	Ja Nein Enth V/A/N Total	52 2 2 4 60
Abstimmung 12	Innenausbau der Dachsanierung im Verwaltungsgebäude Mühliental Kreditbeschluss (1'800'000 Franken)	Schlussabstimmung Kreditbeschluss	Ja Nein Enth V/A/N Total	56 0 0 4 60
Abstimmung 13	Ersatz der mechanischen und elektrischen Werkstätte im Werkhof von Tiefbau Schaffhausen Kreditbeschluss (2'950'000 Franken)	Schlussabstimmung Kreditbeschluss	Ja Nein Enth V/A/N Total	53 2 0 5 60
Abstimmung 14	Genehmigung der Budgets 2021 für die Spezialverwaltungen (KSD, Interkantonales Labor, Kantonale Familienausgleichskasse, Kantonaler Sozialfonds und Bauernkreditkasse)	Genehmigung Budgets Spezialverwaltungen	Ja Nein Enth V/A/N Total	44 1 11 4 60
Abstimmung 15	Schlussabstimmung Budget 2021 samt Nachträgen Genehmigung	Schlussabstimmung Budget 2021	Ja Nein Enth V/A/N Total	34 19 2 5 60

1166

P. P. **A**
8200 Schaffhausen